

INFORMATIONEN AUS DER AMTLICHEN STATISTIK

Oktober–Dezember



4/2012

Statistisches Bundesamt

Informationen aus der amtlichen Statistik
Nr. 4/2012
Oktober – Dezember 2012

Fotorechte: © Corbis/42-15515296 (RF)

Herausgeber: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden, Geschäftsstelle des Statistischen Beirats.

Zur Information der Mitglieder des Statistischen Beirats.

Erscheinungsfolge: vierteljährlich

Erschienen im Dezember 2012

© Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2012

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

Inhalt	Seite
Viel geschafft, aber noch nicht am Ziel...	5
Konferenz der Leiterinnen und Leiter der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder	6
Besuch aus dem BMI	6
15. Sitzung des Ausschusses für das Europäische Statistische System (ESS-Ausschuss) am 15. November 2012 in Luxemburg	7
Informationen zum Zensus 2011	10
Schlanker, schöner und barrierefrei: Die neue Zensusseite ist online!	10
Elektronische Informationsangebote und Veröffentlichungen	10
Kennzahlenbroschüren: „Leicht verdaulich“ kommt gut an	10
Frauen und Männer auf dem Arbeitsmarkt	11
Verwaltung, Bürokratiekostenmessung	12
Auf ein Wort: Leiter der Abteilung A – Jürgen Chlumsky	12
Strategie und Planung, internationale Beziehungen, Forschung und Kommunikation	16
Amtsleiterbesuch aus den Niederlanden	16
Sponsorship Group „Standardisation“ tagte in Wiesbaden	16
Erster Besuch des namibischen Statistikamtes	16
Besuch aus der Republik Korea	17
Twinning-Projekt mit Mazedonien in Skopje vorgestellt	17
Twinning-Projekt mit Kasachstan gestartet	18
Wettbewerb für den IAOS-Preis eröffnet	18
Das Statistische Bundesamt auf der Messe MODERNER STAAT 2012 in Berlin	18
Sitzung der Arbeitsgruppe für Regionalstatistik und ländliche Entwicklung	19
Viertes Welt Forum der OECD in Neu-Delhi	20
Das Statistische Bundesamt auf der ConSozial in Nürnberg	21
21. Wissenschaftliches Kolloquium: „Statistik im Lichte der Europäischen Banken- und Schuldenkrise“	22
Gerhard Fürst Preis 2012	22
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Arbeitsmarkt	23
Experten des IWH zu Gast in Wiesbaden	23
45. Tagung des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“	23
Sitzung der UNECE-Expertengruppe zur Messung von Qualität bezahlter Arbeit	24
Verdienste, Dienstleistungen	24
EU-Verordnung über Statistiken zur Informationsgesellschaft	24
Gender Pay Gap 2010	25
Finanzen und Steuern	25
Nutzerkonferenz Steuerstatistik in Berlin	25
Außenhandel	26
Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik	26
Soziales, Bildung, Private Haushalte	27
Ausschuss Hochschulstatistik	27
Quote der Empfänger sozialer Mindestsicherung sinkt auf 8,9 %	27
Freie Träger wichtig für die Kindertagesbetreuung	28
Von Armut oder sozialer Ausgrenzung betroffene Bevölkerung 2011	28
Das Statistische Bundesamt trägt bei Konferenz der American Statistical Association vor	29

Organisatorische Änderungen im Statistischen Bundesamt	30
Personalmeldungen	30

Anhang

Tagungskalender

Organisationsplan des Statistischen Bundesamtes, Stand: Dezember 2012

Viel geschafft, aber noch nicht am Ziel...



Liebe Mitglieder des Statistischen Beirats, sehr geehrte Damen und Herren,
das Jahr 2012 neigt sich dem Ende zu. Dieser Zeitpunkt eignet sich immer, ein kleines Resümee der vergangenen Monate zu ziehen und sich für die anstehenden Herausforderungen zu sammeln. Was ist passiert und wie geht es weiter?

Als das Jahr begonnen hatte, war die Arbeitsgruppe des Statistischen Beirats zur Fortentwicklung der amtlichen Statistik bereits in voller Fahrt. Seinen vorläufigen Höhepunkt fand dieser Prozess mit der offiziellen Verabschiedung von 40 Empfehlungen durch den Statistischen Beirat am 5. September und der Veröffentlichung sowohl der [Empfehlungen](#), als auch der vertiefenden [Fachkonzepte](#) auf der Internetseite des Statistischen Bundesamtes. 2013 werden wir sie in den politischen Prozess einbringen.

Das bringt mich zur Bundestagswahl 2013, die ich in meiner Funktion als Bundeswahlleiter vorbereite und begleite. Die vergangenen Monate waren von aufwändigen Modellrechnungen für das neue Sitzzuteilungsverfahren im Bundeswahlgesetz geprägt. Sobald wir Rechtssicherheit haben, können wir uns auf die Organisation der Bundestagswahl, höchst wahrscheinlich am 22. September 2013, konzentrieren.

Mit ebenso großer Spannung wie die Bundestagswahl wird von einigen sicherlich die Veröffentlichung der Zensusergebnisse erwartet. Nachdem das vergangene Jahr von Nacherhebungen und der Aufbereitung geprägt war, wird die Bevölkerungszahl der Bundesrepublik Deutschland – zwei Jahre nach dem Stichtag – im Frühjahr von uns bekanntgegeben. Detaillierte Ergebnisse werden Anfang 2014 folgen.

Für den Sommer 2013 angekündigt ist der Abschlussbericht der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages [„Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“](#). Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter meines Hauses stehen dieser Enquete-Kommission als Experten zur Seite. Vom Abschlussbericht verspreche ich mir interessante Impulse für die amtliche Statistik, aus denen wir ggf. neue Messkonzepte ableiten können.

Bereits umgesetzt ist eine Weiterentwicklung, die fast jedem Nutzer unserer Daten regelmäßig ins Auge springt: Der Relaunch unserer [Webseite](#). Wahrscheinlich nicht ganz so häufig, aber dafür umso intensiver fällt in der Regel der Kontakt mit unserem [Statistischen Jahrbuch](#) aus, welches 2012 ebenfalls ein neues Design erhalten hat.

Damit sind wir gut gewappnet für 2013, das [internationale Jahr der Statistik](#). Hierzu wird auch in Deutschland ein umfangreiches Programm angeboten, welches u. a. über die Webseite www.statistik2013.de bekannt gemacht wird. Ein regelmäßiger Besuch dieser Seite wird sich in den kommenden zwölf Monaten lohnen.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen ein frohes Weihnachtsfest und einen guten Rutsch in ein ereignisreiches und spannendes Jahr 2013!

Mit herzlichen Grüßen



Roderich Egeler
Präsident des Statistischen Bundesamtes

Konferenz der Leiterinnen und Leiter der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder

Am 6. November 2012 haben sich die Amtsleitungen der statistischen Ämter von Bund und Ländern zu ihrer Herbsttagung in Wiesbaden getroffen. Wichtige Themen auf der Tagesordnung waren unter anderem, die strategischen Schwerpunkte für den Verbund mit priorisierten Maßnahmen für 2013 festzulegen und das Grundmodell für die Weiterentwicklung des Systems der Haushaltsstatistiken zu verabschieden.

Als strategische Handlungsfelder hat die Amtsleiterkonferenz acht Themenbereiche identifiziert. Diese umfassen das Spektrum vom Qualitätsmanagement über Statistikinfrastruktur, die Organisation im statistischen Verbund und einzelne Statistik-Cluster bis zur Außenwahrnehmung der statistischen Ämter und kleinräumigen Daten. Zu diesen Handlungsfeldern wurden jeweils strategische Ziele, längerfristige und kurzfristige Maßnahmen mit Zuständigkeiten sowie Prioritäten festgelegt.

Mit der Abstimmung des Grundmodells zur Weiterentwicklung des Systems der Haushaltsstatistiken wurden erste Vorgaben für das Projekt festgelegt. Nun werden bis Februar 2013 weitere offene Fragen geklärt und bis Juni 2013 ein Arbeits- und Zeitplan ausgearbeitet.

Des Weiteren wurden in der Amtsleiterkonferenz das Mandat der Arbeitsgruppe „INSPIRE“ (Infrastructure for Spatial Information in Europe) (siehe hierzu auch Dr. Schnorr-Bäcker, S.: „Georeferenzierung von Daten“ in [WiSta 7/2012](#), Seite 563 ff., hier: Abschnitt 2.4, Seite 568) bis November 2013 verlängert, die Lenkungskonferenz Zensus gebeten, über den Umfang der Zensus-Mikrodaten und den Zeitpunkt der Übergabe an die Forschungsdatenzentren zu entscheiden, und ein einheitliches Vorgehen bei der Fortschreibung der Bevölkerung festgelegt.

Weitere Themen waren eine verbesserte Terminüberwachung in der Wanderungsstatistik, die deutsche Stellungnahme zum europäischen Verordnungsentwurf für FRIBS (Framework Regulation Integrating Business Statistics) und die Ankündigung eines gemeinsamen Kolloquiums des Landesbetriebs Information und Technik Nordrhein-West-

falen (IT.NRW) und dem Landesarchiv Nordrhein-Westfalen über die langfristige Archivierung von statistischen Daten.

Besuch aus dem BMI



Am 9. November 2012 besuchte Ministerialdirektorin Beate Lohmann das Statistische Bundesamt in Wiesbaden. Die Leiterin der Abteilung O (Verwaltungsmodernisierung; Verwaltungsorganisation) im BMI wurde begleitet

von Ministerialrat Hans-Josef Stein, Leiter des Referats O 6 „Statistik“, und von Dr. Julia Pieper, die kürzlich ihre Tätigkeit als Referentin im Referat O 6 aufgenommen hat.

Zuhören, nachfragen, diskutieren: Gut vier Stunden Zeit nahmen sich die Gäste, um aktuelle Schwerpunktthemen vom Statistischen Bundesamt kennenzulernen: Qualität – Unternehmensregister – Häuserpreise – Öffentliche Haushalte – Landwirtschaftszählung – offene Informationsinfrastrukturen. All diese Themen hängen eng zusammen mit europäischen Initiativen. Ausgelöst sind sie durch verschiedene Politikbereiche, wie z. B. die Finanzpolitik, den Bürokratieabbau und die Open-data-Strategie.

Zum Auftakt gab es einen komprimierten Überblick zu dem vielschichtigen Handlungsfeld „Qualität“ in all seinen Facetten, insbesondere die „neuen Anforderungen an die Qualität amtlicher Statistiken“. Skizziert wurden die Aktivitäten, die das Statistische Bundesamt bereits auf diesem Feld angestoßen hat, und erläutert, welcher zusätzliche Handlungsbedarf auf der nationalen Ebene besteht. Wie das Statistische Bundesamt dabei die Datenqualität handhabbar macht, war ein weiterer Schwerpunkt.

Danach wurden die wesentlichen Zwecke des Unternehmensregisters vorgestellt und auch die internationale Einbindung auf diesem Gebiet hervorgehoben. Dem Unternehmensregister kommt – als Infrastrukturprodukt – eine Schlüsselfunktion zu. Denn eine moderne Wirtschaftsstatistik ist ohne ein Unternehmensregister gar nicht mehr denkbar. Es begleitet den gesamten Produktionsprozess – von der Planung der jeweiligen Unternehmensstatistik bis zur Auswertung ihrer Daten.

Bankenkrise – Schuldenkrise – Wirtschaftskrise. Die gegenseitigen Abhängigkeiten von Finanzwelt, Staatshaushalt und wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit bildeten den politisch-ökonomischen Hintergrund für zwei weitere topaktuelle Statistikthemen: den Häuserpreisindex und die Finanzstatistik. Objektive Informationen anhand von nachvollziehbaren Indikatoren sind hier gefragt. Welchen Datenbedarf hat die EU-Kommission hinsichtlich der Beobachtung von Immobilienpreisen und wie setzt das Statistische Bundesamt diese zusätzlichen Anforderungen in relativ kurzer Zeit um? Effizient und belastungsarm, indem Daten genutzt werden, die bereits an anderer Stelle vorhanden sind. Dabei wird das Online-Erhebungsverfahren eSTATISTIK.core flächendeckend eingesetzt.

Anschließend wurden die nationalen und internationalen Anforderungen an die Finanzstatistik erläutert. Knapp gesagt: ein schlüssiges und verfeinertes Gesamtbild der öffentlichen Finanzen von Bund, Ländern, Gemeinden und Sozialversicherung.

Ein weiterer Vortrag machte deutlich, wie die statistischen Ämter die neuen europäischen Anforderungen bei einer Großzählung in der Landwirtschaft, dem Agrarzensus 2010, umgesetzt haben. Vor allem die modernen Standardwerkzeuge für eine medienbruchfreie Datenproduktion haben bei der Durchführung des Agrarzensus maßgeblich geholfen. So konnten 11 Monate nach Erhebungsbeginn erste Ergebnisse veröffentlicht werden.

Wie sich die amtliche Statistik in den neuen offenen Informations-Infrastrukturen bewegt und diese inhaltlich mitgestaltet, wurde zum Abschluss des Besuchs präsentiert. Die Gäste konnten sich ein Bild davon machen, wie die statistischen Ämter von Bund, Ländern und Kommunen gemeinsam vorgehen, um statistische Informationen kleinräumig, mit Hilfe von Geodaten, zu visualisieren (Stichwort: INSPIRE – Infrastructure for Spatial Information in Europe).

Abgerundet wurde das Besuchsprogramm durch einen Einblick in das visuell ansprechende Datenangebot der Bundesstatistik.

15. Sitzung des Ausschusses für das Europäische Statistische System (ESS-Ausschuss) am 15. November 2012 in Luxemburg

Der 15. Sitzung des ESS-Ausschusses (AESS) vorgeschaltet fand eine abschließende Expertenkonsultation auf Ebene der Generaldirektoren des ESS zur Erörterung eines Entwurfs der „Delegierten Verordnung (EU) der Kommission zur Änderung des Anhangs II der Verordnung (EU) Nr. 692/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates bezüglich der Anpassungen nach der Überarbeitung der Internationalen Standardklassifikation für das Bildungswesen (ISCED) in Bezug auf die vorzulegenden Variablen und Untergliederungen“ statt. Alle Mitgliedstaaten (MS) stimmten dem Entwurf zu.

Der AESS behandelte folgende Komitologieangelegenheiten:

- Dem Verordnungsentwurf über die Ad-hoc-Module 2016 „Junge Menschen auf dem Arbeitsmarkt“, 2017 „Selbstständigkeit“ und 2018 „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ für die Stichprobenerhebungen der Arbeitskräfteerhebung stimmte der AESS einstimmig zu.
- Der Verordnung der Kommission zur Änderung der Anhänge der Verordnungen (EG) Nr. 1983/2005, (EG) Nr. 1738/2005, (EG) Nr. 698/2006, (EG) Nr. 377/2008 und (EU) Nr. 823/2010 in Bezug auf die Implementierung der Internationalen Standardklassifikation für das Bildungswesen stimmten mit Ausnahme Deutschlands alle MS zu. Die EFTA-Staaten und die Schweiz unterstützten die Verordnung. Deutschland wünscht, wie in der Direktorengruppe Sozialstatistiken bereits zum Ausdruck gebracht, bei den Bildungsvariablen der ISCED Level 5 bis 8 eine Differenzierung zwischen akademischer und professioneller Orientierung, um die internationale Vergleichbarkeit der Bildungsindikatoren speziell auch für den Hochschulbereich wahren zu können. Die Schweiz und Deutschland planen, spätestens zum ISCED-Workshop bei Eurostat Anfang Februar 2013 einen Entwurf der Definitionen und der Abgrenzungen vorzulegen. Nach Aussage Eurostats ist eine Aufnahme von landesspezifischen Besonderheiten

(auch optional) nicht möglich. Es stünde Deutschland aber frei, bei seiner Erhebung so zu verfahren.

- Der Durchführungsverordnung (EU) der Kommission zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1051/2011 in Bezug auf die Mikrodatendateien zur Übermittlung von Daten stimmte der AESS einstimmig zu.

Die Abstimmung über die Verordnung (EU) der Kommission zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 223/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über europäische Statistiken in Bezug auf den Zugang zu vertraulichen Daten für wissenschaftliche Zwecke und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 831/2002 wird auf die AESS-Sitzung im Februar 2013 verschoben, da einige Mitgliedstaaten Einwände gegen wichtige Punkte der Verordnung (z. B. Sanktionen, Zugangsmöglichkeiten und Leitlinien) hatten. Die Überarbeitung der Leitlinien wird sich auf die Sanktionen und Zugangsmöglichkeiten konzentrieren. Für Sanktionen plant Eurostat, u. a. eine Übersicht aller nationalen Sanktionsregelungen zu erstellen und ein systematisches Risikomanagement zur Bewertung von Forschungseinrichtungen, Forschungsprojekten und Zugangseinrichtungen einzuführen. Zugangseinrichtungen sollen, beginnend mit den Nationalen Statistischen Ämtern (NSÄ), schrittweise im ESS eingeführt werden. In Bezug auf die Regelung von Sanktionen sprach Eurostat auch die Möglichkeit einer Änderung der EU-Statistikverordnung 223/2009 an, die bei den derzeitigen Ratsverhandlungen von den MS eingebracht werden könnte. Einige Mitgliedstaaten forderten, klare Akkreditierungsregelungen für Zugangseinrichtungen festzulegen. Für die bereits akkreditierten Forschungseinrichtungen wurde als Übergangsmaßnahme vereinbart, diese in einem vereinfachten Verfahren nochmals zu überprüfen. Aus Sicht mehrerer Mitgliedstaaten ist die Finanzierungsfrage, insbesondere zur Bereitstellung der Infrastruktur, ein wichtiger Aspekt, der im Zusammenhang mit der Verordnung diskutiert werden müsste. Eurostat stellt die Kostenfrage jedoch in den Rahmen seiner Strategie, Daten und Infrastruktur kostenfrei für Nutzer bereitzustellen. Der Service, der in den Safe-Centern der

Nationalen Statistischen Ämter geleistet werden muss, sei hiervon getrennt zu sehen.

Der AESS stimmte dem Programm der strategischen Prioritätensetzung für das Jahresarbeitsprogramm 2014 grundsätzlich zu. Auf Anfrage erklärte Eurostat, dass das aufgeführte Projekt SIMSTAT (Single Market STATistics) keine negative Priorität, sondern das Instrument hierzu sei. Von der deutschen Delegation wurden die negativen Prioritäten 2014 für die Entwicklung eines neuen methodischen Rahmenwerks für die Statistikproduktion der Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen (VGR), Verbesserungen im Dienstleistungssektor und die Entwicklung einer „Demographie für Unternehmensgruppen“ aufgrund von Subsidiaritätsaspekten bzw. hohen Aufwänden zum derzeitigen Zeitpunkt nicht unterstützt. Österreich stellte fest, dass im Gegensatz zur Vereinbarung im Mai-AESS nach wie vor für Intrastat die Reduzierung auf den 6-Steller vorgesehen sei. Eurostat sagte zu, dies zu streichen.

In Bezug auf das VIP-Programm des ESS (VIP = Vision Implementing Project) beschloss der AESS, mit VIPs zunächst schrittweise zu beginnen und die Planungen im Rahmen der jährlichen Arbeitsprogramme durchzuführen. Für 2013 wurden die Projekte SIMSTAT, Datenvalidierung und Europäisches Unternehmensregister vereinbart. Von Seiten der Mitgliedstaaten, auch Deutschland, wird ein konzeptuelles Design (einschließlich Finanzierung, personelle Kapazitäten, Monitoring und Evaluierung) für die jeweiligen VIP-Projekte erforderlich. Das langfristige Investitionsprogramm erfordere äußerst hohe Implementierungskosten, diesen stünden scharfe Budgetrestriktionen in den Mitgliedstaaten gegenüber. Für die Projekte wird eine vorherige Kosten-Nutzen-Analyse gefordert. Eurostat teilte mit, dass es sein Gesamtbudget im Rahmen des Mehrjahresprogramms 2013–2017 auf die Großprojekte konzentrieren wird.

Es wurde beschlossen, kein neues Steuerungsgremium für das ESS-VIP-Programm einzurichten, sondern die Governance für das ESS-VIP-Programm auf der Basis der bestehenden ESS-Gremienstruktur (Programmsteuerung durch den AESS, Partnerschaftsgruppe, fachbezogene Steuerung durch die Direktorengruppen) durchzuführen. Außerdem werden spezifische Projektorganisationen eingerichtet. Die

Projektverläufe und die Gesamtstrategie sollen regelmäßig evaluiert werden.

Im Zusammenhang mit der überarbeiteten Geschäftsordnung des AESS werden die von den Mitgliedstaaten eingebrachten Vorschläge unter anderem zu Regeln eines schriftlichen Verfahrens und die Einbringung der Diskussionsergebnisse der Direktorengruppen in die Geschäftsordnung aufgenommen.

An der ESS-Vereinbarung für das Ad-hoc-Modul der Arbeitskräfteerhebung 2014 zur Arbeitsmarktsituation von Zuwanderern und ihren direkten Nachkommen werden die Niederlande und Deutschland aus rechtlichen Gründen und Irland aus Kapazitätsgründen nicht teilnehmen, bei Dänemark ist dies abhängig von der Finanzierung. Eurostat wird finanzielle Zuschüsse für das Ad-hoc-Modul gewähren. Eurostat bereitet derzeit eine Änderung des Basisrechtsakts für die Arbeitskräfteerhebung vor, um eine spezifische Bestimmung für die Finanzierung von Ad-hoc-Modulen aufzunehmen. Diese soll im Februar 2013 vorgelegt werden.

Das Statistische Bundesamt hat in einem Schreiben vom 8. November 2012 an die Generaldirektoren der statistischen Ämter des ESS die deutsche Rechtsauffassung im Zusammenhang mit der vorgesehenen ESS-Vereinbarung zu den Ad-hoc-Modulen 2013 und 2014 dargelegt: Artikel 8 Absatz 3 der Basisverordnung für die Arbeitkräfteerhebung sieht für diese Fälle ausdrücklich eine Durchführungsmaßnahme der Kommission vor, die im Regelungsverfahren mit Kontrolle zu erlassen ist. Diese Regelung ist nach deutscher Auffassung *lex specialis* gegenüber der Regelung in Artikel 14 Absatz 1 Buchstabe c der EU Statistikverordnung Nr. 223/2009 über europäische Statistiken und darf nicht umgangen werden. Die Kommission vertritt eine gegenteilige Rechtsauffassung, die sie durch eine Tischvorlage kommuniziert hat. Demnach seien Vereinbarungen zu jeder Zeit möglich.

An der Piloterhebung mittels Haushaltserhebungen zur Messung der Mobilität zu Lernzwecken werden sich die meisten Mitgliedstaaten mit der ausführlicheren Option beteiligen, während einige nur zwei zusätzliche Variablen erheben. Einige Mitgliedstaaten, auch Deutschland (Bedenken bezüglich Qualität und Vergleichbarkeit der

Daten), werden sich aus rechtlichen, methodischen oder kapazitätsmäßigen Gründen an der Piloterhebung nicht beteiligen. Die Kommission wird die Piloterhebung finanziell unterstützen.

Für das geplante Memorandum of Understanding für die Zusammenarbeit zwischen dem Europäischen Statistischen System und dem Europäischen System der Zentralbanken ist eine Einigung für die strategische Ebene – Schaffung eines Forums für Strategie und Programmplanung – erzielt worden. Die Gestaltung der operativen Ebene steht noch aus. Ein weiteres Treffen der Reflexionsgruppe hat am 10. Dezember 2012 in Frankfurt stattgefunden.

Im Rahmen des Fortschrittsberichts zu FRIBS (Framework Regulation Implementing Business Statistics) teilte Eurostat mit, dass es die Einwände der Mitgliedstaaten, auch Deutschlands, gegen den vorgesehenen Regelungsumfang der delegierten Rechtsakte berücksichtigen wird. Im Rahmen der jährlichen Arbeitsplanung soll der Projektfortschritt in Verbindung mit den zugehörigen ESS-VIPs überprüft werden. Von deutscher Seite wurden Bedenken gegen den vorgesehenen Mikrodatabaustausch vorgebracht und vorgeschlagen, aus Akzeptanzgründen die Statistikproduzenten und die maßgeblichen Stakeholder zu konsultieren. In Bezug auf die vorgesehene Nutzung von Verwaltungsdaten müsse erst das Beratungsergebnis in der Ratsarbeitsgruppe Statistik zur neuen EU-Statistikverordnung abgewartet werden, das Prinzip der Subsidiarität sei zu beachten.

Wie Deutschland lehnten mehrere MS eine pauschale Umwandlung aller Rechtsakte für die Land- und Forstwirtschaft ab und forderten eine Unterscheidung zwischen wesentlichen und nicht wesentlichen Tatbeständen. Der Ständige Agrarstatistische Ausschuss (CPSA), dessen Komitologiebefugnisse auf den AESS übergehen sollen, müsse als Expertengremium weiterhin einbezogen werden. Der österreichische Vertreter regte an, in der Partnerschaftsgruppe allgemeine Kriterien für delegierte Rechtsakte zu besprechen. Eurostat teilte mit, dass die Expertise des CPSA in der Direktorengruppe weiterhin einfließen wird. Die Generaldirektion Landwirtschaft und ländliche Entwicklung habe gegen die Verlagerung der Komitologie-

funktion keine Einwände; nach Mitteilung des Vertreters Frankreichs auch das französische Landwirtschaftsministerium nicht. Nach Aussage Eurostats plant die Kommission in einem großen „Omnibus“ im März 2013 alle noch nicht begonnenen Rechtsakte pauschal an den Vertrag von Lissabon anzupassen.

Der AESS begrüßte das vorgelegte und schon in der Partnerschaftsgruppe beratene Konzept für die Peer Reviews ab Ende 2013. Mehrere Mitgliedstaaten, auch Deutschland, erklärten sich bereit, in der vorgesehenen Task Force zur Entwicklung entsprechender Empfehlungen für den Mai-AESS 2013 mitzuarbeiten. Piloten zum Peer Review sollen Ende 2013 erfolgen, Griechenland hat sich als Pilotland vorgeschlagen.

Die nächste Sitzung des AESS findet am 7. Februar 2013 in Luxemburg statt.

Informationen zum Zensus 2011



Informationen zum Zensus 2011 erhalten Sie über unsere Rufnummer 0611 75 2011 oder unter

www.zensus2011.de/kontakt.

Schlanker, schöner und barrierefrei: Die neue Zensusseite ist online!

In den letzten beiden Jahren war die gemeinsam von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder betriebene Webseite komplett auf die Befragungen und eine aktivierende Öffentlichkeitsarbeit ausgerichtet. Nach Abschluss der Erhebungsphase war der Zeitpunkt für eine gründliche Überarbeitung gekommen: Im Fokus der neuen Seite steht ab sofort die mit Spannung erwartete Veröffentlichung der Zensusergebnisse im Frühjahr 2013. Hintergrundinfos rund um die vielfältigen Ergebnisse des Zensus 2011 und – wenn es dann soweit ist – ein leichter Zugang zu den Ergebnissen – das waren die Anforderungen, die bei der Neukonzeption zugrunde gelegt wurden. Doch nicht nur das: Auch in Sachen Barrierefreiheit wurde viel verbessert. Und zu guter Letzt dient die Seite von jetzt

an als umfassendes Archiv für die Kommunikation des statistischen Großprojekts [Zensus 2011](#).

Schauen Sie mal rein – Wir sind gespannt auf Ihre Rückmeldungen!

Elektronische Informationsangebote und Veröffentlichungen

Kennzahlenbroschüren: „Leicht verdaulich“ kommt gut an



Vor etwa sechs Jahren haben sich die so genannten Kennzahlenbroschüren als eigenes Format im Bereich der Veröffentlichungen etabliert.

Pro Jahr erscheinen ungefähr sechs Ausgaben der Reihe, die auch unter dem Namen „Auf einen Blick“ bekannt ist.

Charakteristisch für dieses Format ist, dass Statistiken in leicht verdaulicher und ansprechender Form dargestellt werden. Dabei spielen neben der Gestaltung eine klare Struktur der Inhalte und die leichte Lesbarkeit der Texte eine wichtige Rolle. Ein weiteres wichtiges Element sind Infografiken, die auf wesentliche Aussagen reduziert und ständig weiterentwickelt werden. Dass sich der hohe redaktionelle Aufwand lohnt, zeigt die Beliebtheit der Broschüren. Sie werden je nach Thema jährlich bis zu 40 000 Mal heruntergeladen, die Printauflagen in einer Höhe von bis zu mehreren Tausend Stück sind in der Regel schnell vergriffen.

Einen neuen Maßstab hat die Online-Version der Broschüre „[Geburten in Deutschland](#)“ gesetzt, die im Januar 2012 erschienen ist. Sie wurde allein im Oktober 43 000 Mal heruntergeladen. Das große Interesse hing mit dem Demografiegipfel der Bundesregierung zusammen, der Anfang Oktober in Berlin stattgefunden hat. Mit durchschnittlich 9 000 Downloads im Monat wird sie Ende des Jahres die Marke von 100 000 Downloads überschreiten und einen ähnlichen Verbreitungsgrad wie der Datenreport erreichen. Weitere Informationen zur Produktreihe [Kennzahlenbroschüre / Auf einen Blick](#) finden Sie auf der Intranetseite Publikationen.

Weitere Auskünfte erhalten Sie über unsere Rufnummer 0611 75 4545 oder unter www.destatis.de/kontakt.

Frauen und Männer auf dem Arbeitsmarkt



Gleiche Chancen und Bedingungen für Frauen und Männer auf dem Arbeitsmarkt sind ein wichtiger Aspekt der Gleichberechtigung der Geschlechter.

Doch wie sieht die berufliche Realität in Europa aus?

Die Broschüre „Frauen und Männer auf dem Arbeitsmarkt – Deutschland und Europa“ betrachtet ausgewählte Indikatoren, die für die Gleichstellung von Frauen und Männern im Arbeitsleben eine besondere Bedeutung haben, wie zum Beispiel die generelle Erwerbsbeteiligung, die Qualifikation, die Arbeitszeiten und die Verdienste. Jeder Indikator beleuchtet dabei die Situation in Deutschland und vergleicht sie mit der in anderen Staaten der Europäischen Union.

Im Internetangebot des Statistischen Bundesamtes steht die Broschüre „Frauen und Männer auf dem Arbeitsmarkt – Deutschland und Europa“ unter www.destatis.de zum Download zur Verfügung.

Weitere Auskünfte erhalten Sie über unsere Rufnummern 0611 75 9415 und 0611 75 3496 oder unter www.destatis.de/kontakt.

Verwaltung, Bürokratiekostenmessung

Auf ein Wort: Leiter der Abteilung A – Jürgen Chlumsky



Bevor Jürgen Chlumsky im Januar 1982 im Statistischen Bundesamt seine berufliche Laufbahn begann, studierte er in Gießen Wirtschaftswissenschaften mit dem Schwerpunkt Statistik.

Seinen Weg von der Statistik in die Verwaltung und seine aktuellen Herausforderungen erläutert er in diesem Interview.

Herr Chlumsky – Sie haben direkt nach Abschluss Ihres Studiums in das Statistische Bundesamt gewechselt. Konnten Sie sich damals vorstellen, für die Verwaltung des Amtes zuständig zu werden?

Nein, dies hätte ich mir damals nicht vorstellen können. Für mich war nach Abschluss des Studiums eine Aufgabe als Statistiker erste Wahl. Studienbegleitend war ich Mitarbeiter am Lehrstuhl für Statistik und Ökonometrie und habe mehrere Jahre lang Mathematik- und Statistikübungen abgehalten. Ich bin davon überzeugt, dass Statistiken zur Infrastruktur unserer Demokratie gehören und als Diskussions-, Entscheidungs- und Evaluierungsgrundlage für die Politik unabdingbar sind. Für mich war und ist es immer noch Herausforderung und Freude zugleich, dabei mithelfen zu können, die Stellung des Amtes als führender Anbieter qualitativ hochwertiger statistischer Informationen in Deutschland zu behaupten.

Der Weg in die Verwaltung war für mich sicher nicht vorgezeichnet. Es hat sich so ergeben. Ich war in ganz unterschiedlichen Aufgabenfeldern tätig. Wenn Sie dann – nach 25 Jahren Statistik mit einem gewissen Erfahrungsschatz versehen – die Möglichkeit eröffnet bekommen, die Amtsleitung bei der Steuerung des Amtes zu unterstützen, dann ist dies sehr reizvoll.

Was waren denn Ihre wichtigsten Stationen bevor sie die Leitung der Abteilung A übernahmen?

Am stärksten geprägt haben mich sicherlich die zehn Jahre als Leiter des Instituts für Forschung und Entwicklung in der Bundesstatistik, heute Gruppe B 2. Dabei ging es zum einen darum, innovativ die Veränderung von Produkten und Prozessen voranzutreiben, zum anderen aber – und das war persönlich enorm bereichernd – die Kooperation und Kommunikation zwischen amtlicher Statistik und Wissenschaft zu verbessern. Die regelmäßigen Gesprächskreise mit Kolleginnen und Kollegen aus den Wirtschaftsforschungsinstituten sowie den Sozial- und Marktforschungsinstituten stammen ebenso aus dieser Zeit wie das jeweils im November stattfindende Wissenschaftliche Kolloquium und der Gerhard-Fürst-Preis. Besonders spannend waren für mich die Jahre als Leiter der Preisstatistik. Es war die Zeit der Umstellung von DM auf Euro. In der mehr von Gefühlen als von Fakten geprägten Euro-Teuro-Diskussion hat sich das Amt im Rückblick sehr tapfer geschlagen. Fachlich lag damals ein Schwerpunkt meiner Arbeit in der Einführung der hedonischen Preismessung. Anschließend wechselte ich in die Abteilung I (heute B), erst als Gruppenleiter für Grundsatzfragen sowie Fragen der nationalen und internationalen Koordinierung, dann seit 2006 als Abteilungsleiter. Begonnen habe ich im Übrigen beim Statistischen Informationssystem des Bundes STATIS-BUND, das dann später von GENESIS abgelöst wurde.

Verwaltung und Bürokratiekostenmessung. Spontan fällt uns Goethes „Faust“ ein: „Zwei Seelen wohnen ach in meiner Brust.“ Wie halten Sie es mit diesen beiden vielschichtigen Aufgaben?

Im Faust geht es weiter mit: „Die eine will sich von der andern trennen“. Ich assoziiere dagegen Seelenverwandtschaft. Im Ernst, es gibt durchaus Berührungspunkte zwischen den Arbeitsbereichen. Im Gegensatz zu Goethes Faust führt mich meine Verantwortung über die beiden Bereiche „Verwaltung“ und „Bürokratiekostenmessung“ nicht in ein Dilemma. Die Verwaltung

profitiert von den Arbeiten der Bürokratiekostenmessung, weil dort gewonnene Erkenntnisse helfen können, unsere eigenen Abläufe und Prozesse zu optimieren.

Wichtiges Element der Bürokratiekostenmessung ist die qualifizierte Betrachtung von Vollzugsprozessen. Durch umfangreiche praktische Erfahrungen lernen wir viel im Hinblick auf die Wirkungsmechanismen moderner Steuerungsinstrumente. Wir verfügen damit über ein zusätzliches Werkzeug zur Beurteilung der Effektivität und Effizienz von Verwaltungsleistungen. Um bei Faust zu bleiben: „Grau, teurer Freund, ist alle Theorie und grün des Lebens goldner Baum.“

Wie wäre es mit einem Blick zurück? Verwaltung oder auch „Zentralabteilung“ im Jahre 1987: Was hat sich seitdem geändert? Wie hat sich nach Ihrer Einschätzung die Verwaltung in den letzten 25 Jahren weiter entwickelt?

Ich schaue ja lieber nach vorn und überlege mir gemeinsam mit den Kolleginnen und Kollegen, was wir heute für die Zukunft noch weiter verbessern könnten. Wenn ich denn zurückblicke, dann erinnere ich mich an die Sichtweise des jungen wissenschaftlichen Mitarbeiters. Und da glaube ich schon, dass wir heute serviceorientierter agieren und offener miteinander umgehen.

1982, als ich im Amt anfang, gab es noch eine Beihilfestelle im Haus, die hinter einer schweren Stahltür residierte. Es gab Sprechzeiten und wenn man Pech hatte, wartete man stehend auf dem Gang auf Einlass. Heute ist die Beihilfestelle zentralisiert im Bundesverwaltungsamt, unsere Büros sind verglast, die Türen stehen meistens offen und wir haben Kommunikationszonen. Das Verständnis von Verwaltung hat sich seither hin zu Kundenorientierung und Transparenz (soweit keine datenschutzrechtlichen oder sonstigen Vorschriften entgegenstehen) gewandelt. Außerdem haben Informationstechnik und Stellenabbau zu einer enormen Beschleunigung und Arbeitsverdichtung geführt – dies gilt natürlich auch für alle anderen Bereiche des Hauses.

Bevor Sie die Leitung der Abteilung A übernommen haben, waren Sie Leiter der Abteilung für „Grundsatzfragen der Bundes- und internationalen Statistik, Informationsverbreitung“. Darüber hinaus haben Sie 2008 ein gutes halbes Jahr lang beide Abteilungen geleitet.

Die Übernahme der damaligen Abteilung I war aufgrund meines bis dahin gegangenen Weges im Statistischen Bundesamt ein sehr natürlicher Schritt – so habe zumindest ich es empfunden. Die Arbeit hat mir auch viel Freude bereitet. Die Doppelfunktion war Pflichterfüllung und besonderen Umständen geschuldet. Sie war nie auf Dauer gedacht. Das geht dann auch mal für einen begrenzten Zeitraum.

Was ist Ihrer Meinung nach die bisherige Quintessenz aus etwa sechs Jahren Bürokratiekostenmessung? Ist Deutschland Ihrer Einschätzung nach „unbürokratischer“ geworden?

Es wurde seitens der Bundesregierung viel investiert und das bisherige Ergebnis ist von den Zahlen her auch durchaus beeindruckend, aber für den einzelnen Bürger oder das einzelne Unternehmen noch nicht hinreichend spürbar. Das bekommt man auch im direkten Kontakt mit Befragten mit. Die Regelungen, die sehr viele betreffen, sind oftmals bereits ausführlich betrachtet, so dass dort nur schwer weitere Verbesserungen gefunden werden können. Der Ansatz, nicht nur die Informationspflichten, sondern den gesamten Erfüllungsaufwand einer Regelung zu betrachten, ist hier der richtige Weg, die wirklichen Kostenverursacher zu erkennen und durch Maßnahmen auf diesem Gebiet beim Adressaten verstärkt ins Bewusstsein zu gelangen. Wichtig ist vor allem, das Kostenbewusstsein bei den gesetzesschaffenden Stellen zu stärken.

Das Wort „Bürokratie“ ist nicht durchweg positiv besetzt. Wo ist Bürokratie durchaus nützlich und was sind nun eigentlich die „Tücken“ (im Sinne von Kosten/Belastung) der Bürokratie?

Die Folgen ungenügender Regulierung erleben wir durch die Finanz- und Schuldenkrise in ausreichendem Maße. Bürokratie im Sinne von Berechenbarkeit, Transparenz und Rechtsstaatlichkeit von Verwaltungshandeln trägt wesentlich zur Stabilität und zum Ausgleich im Staat bei. Wenn Sie sich mit Bürgern unterhalten, ist der Sinn einer Regelung oftmals unstrittig. Interessant wird es dann bei der konkreten Umsetzung, der Regelungstiefe. Und da steckt der Teufel oftmals im Detail. Manchmal sind die Auswirkungen von Regelungen nicht vollständig vorhersehbar. Dann darf es kein Tabu sein, eine Regelung zügig anzupassen. Dazu trägt auch unsere Validierungsmessung zwei Jahre nach Inkrafttreten eines Regelungsvorhabens bei. Bürokratie darf kein Selbstzweck sein, Vorschriften und Verwaltungshandeln sind permanent zu hinterfragen.

Ein Gedankenexperiment: Ein Bürger oder eine Bürgerin ruft Sie an und fragt, welche drei Informationspflichten – aus Sicht der Bürokratiekostenmessung – von der Politik prioritär vereinfacht werden sollten. Was würden Sie antworten?

Ich würde es gar nicht auf spezielle Pflichten bezogen sehen wollen, da ist man ja auch schnell in der inhaltlichen und politischen Rechtfertigung. Mir wäre wichtig, dass Rahmenbedingungen geschaffen werden, die es einfacher machen, unbürokratische Verfahren zu praktizieren. Der E-Government-Gedanke steht hier für mich an erster Stelle. Hilfreich wäre aber auch die Schaffung eines Metadaten-systems, aus dem Informationen über bereits vorhandene Daten (nicht die Daten selbst) abrufbar sind sowie eine Evaluierung der Zielerreichung von Gesetzen. Solche Instrumente würden zu einer Verbesserung der Rechtsetzungs- und Verwaltungskultur beitragen. Inhaltlich gesehen sind sicher die Arbeiten zur Optimierung der zahlreichen Meldungen im Arbeits- und Sozialrecht wichtig. Persönlich könnte ich mir eine Vereinfachung der Formulare zur Steuererklärung gut vorstellen.

Was sind zurzeit Ihre wichtigsten Projekte?

Im Rahmen der Bürokratiekostenmessung fordert uns derzeit insbesondere unser Beitrag zur Optimierung der Meldeverfahren in der sozialen Sicherung. Erwähnen möchte ich noch die Projekte „Einfacher gründen“, weil es hier neben der Messung des Erfüllungsaufwands um Aspekte zur Optimierung des Verwaltungsvollzugs geht, sowie das Projekt „Bürokratieaufwand von Arztpraxen“.

Wenn Sie nach Projekten unserer internen Verwaltung fragen, dann stehen für mich die Umsetzung der noch ausstehenden Module unseres Personalentwicklungskonzepts und die hausweite Einführung des Prozessmanagements im Vordergrund. Die größte Herausforderung für die Verwaltung wird in den nächsten Jahren die Ressourcensteuerung sein. Denn das Durchschnittsalter der Belegschaft steigt, der Arbeitsmarkt wird aufgrund des demographischen Wandels für uns schwierig werden, aber mit einer bemerkenswerten Stellenzufuhr rechnet wohl – trotz zunehmender Aufgaben – niemand.

Wie wohl alle Beschäftigten des Amtes freue ich mich auf den Rückzug der in angemieteten Außenliegenschaften untergebrachten Kolleginnen und Kollegen in die sanierten Bauteile B, E und F im kommenden Jahr und auf den Beginn der Sanierung des Casinos.

Zurzeit begleitet Ihre Abteilung die Personalbedarfsermittlung und das Prozessmanagement in den Fachabteilungen. Wie gehen Sie dabei vor und welche ersten Ergebnisse zeichnen sich bisher ab?

Personalbedarfsermittlung und Prozessmanagement sind zwei wichtige Instrumente der Planung und Steuerung im Statistischen Bundesamt. Sie schaffen Transparenz hinsichtlich der Prozesse der Statistikproduktion sowie der dafür eingesetzten personellen Ressourcen und ermöglichen eine systematische Weiterentwicklung unserer Produktionsprozesse. Beide Instrumente nutzen für eine standardisierte Erhebung von Prozessen und Ressourcen das Generische Geschäftsprozessmodell für die amtliche Statistik (GSBPM), welches die Produktionsprozesse in 9 Phasen und 47 Teilprozesse untergliedert.

Die Personalbedarfsermittlung ermittelt die personellen Ressourcen auf Basis anerkannter Methoden gemäß dem [„Handbuch für Organisationsuntersuchungen und Personalbedarfsermittlung“](#). Aktuell kommt das Analytische Schätzverfahren zum Einsatz, bei dem die Aufgaben inkl. Angaben zu Zeiten und Mengen der Arbeitsplätze eines Fachbereichs erhoben werden. Nach Aufbereitung der Daten sind Aussagen zum Ressourceneinsatz nach Gruppen, Referaten, Statistiken, Phasen und einzelnen Teilprozessen möglich.

Das Prozessmanagement nutzt für die Erhebung der Prozesse soweit wie möglich bestehende Informationsquellen und Metadatenbanken. Diese werden ergänzt durch einen Fragebogen – mit Fragen z. B. zu IT-Werkzeugen, Schnittstellen, Nutzern und Qualität –, zudem durch die Ergebnisse aus der Personalbedarfsermittlung und die Modellierung von ausgewählten Teilprozessen sowie Interviews. Alle Informationen fließen in eine Prozessdatenbank und werden systematisch über den Ansatz des Benchmarking, d. h. vergleichende Analysen, ausgewertet. Ziel ist es, möglichst gute Prozessabläufe zu identifizieren und für eine Standardisierung zu empfehlen. Im Pilotprojekt in der Gruppe D 3 „Preise“ wurden zahlreiche Veränderungsvorschläge erarbeitet, die aktuell als Maßnahmen von den jeweils zuständigen Bereichen umgesetzt werden.

Sie sind Vorstandsmitglied in der Deutschen Statistischen Gesellschaft (DStatG) und dadurch unter anderem an den Planungen für das internationale Jahr der Statistik 2013 beteiligt. Was erwartet uns Freunde der Statistik im kommenden Jahr?

Ich hoffe, dass alle Statistikerinnen und Statistiker die Gelegenheit des internationalen Jahres der Statistik nutzen, um für unsere Profession zu werben. Statistik ist nichts für Langweiler und Erbsenzähler. Die amtliche Statistik ist ein unverzichtbarer Teil der politischen Kultur unseres Landes, ein konstitutives Element des demokratischen Staates.

Die DStatG plant im Rahmen ihrer Jahrestagung 2013 in Berlin eine Sonderveranstaltung zum internationalen Jahr der Statistik, voraussichtlich zum Thema Open Data. Um den Überblick über die vielfältigen Aktivitäten auch anderer Vereine und Institutionen zu gewährleisten, wurde eine Internetseite www.statistik2013 geschaffen. Dort werden im kommenden Jahr u. a. eine „Statistik-App des Monats“, die „Statistische Lüge des Monats“ und „Meilensteine der Statistik“ präsentiert.

Wie wäre es mit einem letzten kleinen Gedankenspiel? Eine angehende Hochschulabsolventin ruft an und fragt bei Ihnen nach, was das Statistische Bundesamt einer Berufsanfängerin und zahlenaffiner Person wie ihr zu bieten hätte – was würden Sie darauf antworten?

Bei uns können Sie sich richtig austoben, denn Sie werden durch anspruchsvolle Aufgaben gefordert. Dabei genügt es nicht, Zahlen zu lieben, man muss sie auch analysieren und einordnen können. Und man muss konzeptionell arbeiten können. Wir fordern aber nicht nur Leistung, wir bieten auch ein mitarbeiterorientiertes Arbeitsumfeld, beispielsweise: Flexible Arbeitszeitmodelle, Tele- und Teilzeitarbeit, Gesundheitsmanagement, Sozialberatung, Betriebssport und ein umfangreiches Fortbildungsprogramm. Und eine Amtskultur, die von Toleranz und konstruktivem Miteinander geprägt ist.

Herr Chlumsky, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

Strategie und Planung, internationale Beziehungen, Forschung und Kommunikation

Amtsleiterbesuch aus den Niederlanden



Das Statistische Bundesamt ist auf internationaler und europäischer Ebene gut vernetzt. Kennzeichnend dafür sind auch regelmäßige Treffen der Amtsleitung mit den Leiterinnen und

Leitern anderer nationaler Statistikämter der EU und der EFTA-Staaten. In diesem Zusammenhang stand der Besuch des Generaldirektors des niederländischen Statistikamts (CBS), Gosse van der Veen, und seiner Delegation am 1. November 2012 in Wiesbaden.

In den Gesprächen wurden aktuelle nationale Themen von den jeweiligen Ländervertretern vorgestellt und es wurden strategische Themen des Europäischen Statistischen Systems (ESS) eingehend diskutiert. Folgende Themen umfasste die Tagesordnung:

- Bericht des Statistischen Bundesamtes über die Empfehlungen des Statistischen Beirats zur Fortentwicklung der amtlichen Statistik,
- aktuelle Entwicklungen in der Europäischen Statistik – u. a. neue Peer Reviews im Zusammenhang mit dem Verhaltenskodex, ESS Vereinbarungen, Revision der EU Statistikverordnung Nr. 223/2009,
- Bericht des Statistischen Bundesamtes über das Projekt zur Weiterentwicklung des Systems der Haushaltsstatistiken im Zusammenhang mit der Neugestaltung des ESS,
- Entwurf einer neuen Rahmenverordnung zum Harmonisierten Verbraucherpreisindex,
- Reformprojekt „Zentrale IT-Produktion und Datenhaltung“ im Rahmen der „Optimierten Kooperation“ als ein Teil einer neuen Architektur zur Erstellung von Statistiken in Deutschland und
- Reform der europäischen Intrahandelsstatistik (SIMSTAT).

Weitere Auskünfte erhalten Sie über unsere Rufnummer 0611 75 4704 oder unter www.destatis.de/kontakt.

Sponsorship Group „Standardisation“ tagte in Wiesbaden



Am 2. November 2012 fand die 5. Sitzung der Sponsorship Group „Standardisation“ des Europäischen Statisti-

schen Systems (ESS) im Statistischen Bundesamt statt. Die hochrangige Arbeitsgruppe unter dem Vorsitz von Eurostat-Direktor Daniel Defays und des niederländischen Amtsleiters, Gosse van der Veen, wurde 2011 vom ESS-Ausschuss für zwei Jahre eingesetzt.

Die Sponsorship Group hat zum Ziel, Möglichkeiten für eine stärkere Harmonisierung und Standardisierung der statistischen Methoden und Verfahren in den Bereichen Datenerhebung, Datenvalidierung und Verbreitung zu erörtern. Dazu wurde das Arbeitsprogramm in drei Säulen gegliedert:

- Bestandsaufnahme und Bewertung der bestehenden Standards,
- Entwicklung eines Rahmens für die Standardisierung im ESS und
- Analyse von bisherigen Projekten zur Standardisierung (Pilotstudien).

In der Sitzung in Wiesbaden stellten die einzelnen Arbeitsgruppen ihre Ergebnisse vor. Darüber hinaus diskutierten die Teilnehmer den Entwurf des Zwischenberichts, der dem ESS-Ausschuss in seiner Sitzung am 15. November 2012 vorgelegt wurde.

Weitere Auskünfte erhalten Sie über unsere Rufnummer 0611 75 4704 oder unter www.destatis.de/kontakt.

Erster Besuch des namibischen Statistikamtes



Die Amtsleitung des im Jahr 2011 neugegründeten Nationalen Statistikamtes Namibia besuchte erstmals am 19. November 2012 mit einer

Delegation das Statistische Bundesamt. Der im Rahmen einer Studienreise von der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) organisierte Besuch sollte den namibischen Kolleginnen und Kollegen Struktur

und Aufgaben der deutschen amtlichen Statistik näher bringen.

Nach der Begrüßung durch Vizepräsidenten Dieter Sarreither wurden das Statistische Bundesamt, das System der deutschen amtlichen Statistik sowie aktuelle Entwicklungen auf nationaler und europäischer Ebene vorgestellt. Anschließend wurden die Arbeit und Rolle der internationalen Statistik-Kooperation vom Statistischen Bundesamt präsentiert. Die namibischen Gäste äußerten ihrerseits den Wunsch, mit der deutschen amtlichen Statistik zusammenzuarbeiten, und legten einen Strategie- und Businessplan vor.

Im Anschluss an den Besuch beim Statistischen Bundesamt besuchten die Gäste den Landesbetrieb für Statistik und Kommunikationstechnologie Niedersachsen, die Statistikabteilung der Stadt Hannover, die Bundesagentur für Arbeit in Hannover und das Bundesministerium für Zusammenarbeit und Entwicklung.

Weitere Auskünfte erhalten Sie über unsere Rufnummer 0611 75 4281 oder unter www.destatis.de/kontakt.

Besuch aus der Republik Korea



Im Rahmen des jährlichen Erfahrungsaustauschs mit dem Nationalen Statistischen Amt der Republik Korea (KOSTAT) besuchte eine koreanische Delegation vom 30. Oktober bis zum 1. November 2012 das Statistische Bundesamt in Wiesbaden. Zentrales Thema des Erfahrungsaustauschs war die Vorbereitung des Zensus 2015 in Südkorea. Von deutscher Seite wurden Vorträge zu den Themen registerbasierter Zensus und Landwirtschaftszählung von Mitarbeiter/innen des Statistischen Bundesamtes gehalten. Zum Thema Regionalstatistik referierte neben einer Mitarbeiterin des Statistischen Bundesamtes auch ein Mitarbeiter des Hessischen Statistischen Landesamtes. Zur Einleitung wurde eine Präsentation zum System der Bundesstatistik gehalten.

Zwei weitere koreanische Delegationen haben das Statistische Bundesamt ebenfalls im November zu den

Themen „GSBPM“ (Generic Statistical Business Process Modell) und „Nutzung von Verwaltungsdaten“ besucht. Das GSBPM ist ein internationales Modell, das die Prozesse der amtlichen Statistik definiert und beschreibt. Es ist eine an der Praxis orientierte Anleitung für den Erstellungsprozess einer Statistik. Das Modell wurde von der UNECE, Eurostat und der OECD gemeinsam entwickelt. Weitere Auskünfte erhalten Sie über unsere Rufnummer 0611 75 4281 oder unter www.destatis.de/kontakt.

Twinning-Projekt mit Mazedonien in Skopje vorgestellt



Das Twinning-Projekt zur Verbesserung des mazedonischen Statistiksystems wurde im Rahmen einer Vortragsveranstaltung am 7. November 2012 im Informationszentrum der in Skopje ansässigen EU-Delegation der Öffentlichkeit vorgestellt.

Die Informationsveranstaltung wurde durch Ansprachen der Ehrengäste Aivo Orav, Leiter der EU-Delegation in Skopje, Jovan Andonovski, Staatssekretär im mazedonischen Sekretariat für europäische Angelegenheiten, sowie Gudrun Steinacker, Botschafterin der Bundesrepublik Deutschland, eröffnet. Botschafterin Steinacker betonte in ihrer Ansprache im Besonderen das Engagement des Statistischen Bundesamtes in den Ländern des West-Balkans und die Kontinuität der Zusammenarbeit mit dem Staatlichen Statistikamt der Republik Mazedonien.

Nach einer Einführung zur Rolle der Statistik als Grundlage für die politische Entscheidungsfindung wurden den ca. 50 Teilnehmern aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und amtlicher Statistik die Struktur und die Zielsetzung des Twinning-Projekts erläutert.

Weitere Auskünfte erhalten Sie über unsere Rufnummer 0611 75 8932 oder unter www.destatis.de/kontakt.

Twinning-Projekt mit Kasachstan gestartet



Im Rahmen des gemeinsamen KAZSTAT-Projektes reisten am 18. Oktober 2012 die ersten Experten des Statistischen Bundesamts nach Kasachstan. In einer dreimonatigen Anfangsphase wird dort der Unterstützungsbedarf konkretisiert und der Arbeitsplan für die nächsten 5 Jahre ausgearbeitet. Anfang 2013 beginnt dann die Umsetzung des Twinning-Projektes. Ziel ist die Verbesserung des kasachischen Statistiksystems durch Anpassung an internationale Standards und Verfahren in allen Bereichen der amtlichen Statistik.

Die Kolleginnen und Kollegen aus dem Statistischen Bundesamt werden bei der Durchführung des Projektes von einigen Landesämtern sowie den Partnerämtern aus Finnland, Korea, der Slowakei, der Tschechischen Republik und der Russischen Föderation unterstützt. Das Projektbudget beträgt 10 Mio. Euro. Kasachstan ist ein wichtiger Handelspartner Deutschlands und der EU und mit der Bundesrepublik insbesondere durch eine Rohstoffpartnerschaft verbunden.

Wie berichtet hatte sich das Statistische Bundesamt bei der Weltbank erfolgreich um den Zuschlag zur Durchführung dieses Projektes beworben und den Zuschlag erhalten (siehe auch Beitrag in Heft 3/2012, Seite 14). Bereits am 28. September 2012 war der Kooperationsvertrag mit dem kasachischen Statistikamt zur Durchführung des KAZSTAT-Projektes in Kraft getreten. Daraufhin hatten sich die kasachischen Statistiker in der ersten Projektwoche in einem Studienbesuch im Rahmen der IT-Komponente über CAPI (Computer Assisted Personal Interviews) in Südkorea informiert.

Weitere Auskünfte erhalten Sie über unsere Rufnummer 0611 75 8932 oder unter www.destatis.de/kontakt.

Wettbewerb für den IAOS-Preis eröffnet



Die International Association for Official Statistics (IAOS), eine Sektion des Internationalen Statistischen Instituts (ISI), hat

den IAOS-Preis 2013 für „Junge Statistiker“ eingerichtet, um das Interesse der jungen Beschäftigten unter 35 Jahre an der Publikation der von ihnen erarbeiteten Ergebnisse der amtlichen Statistik zu wecken.

Die Themen der Beiträge sollen methodische oder strategische Probleme der amtlichen Statistik auf nationaler und internationaler Ebene behandeln bzw. Lösungsansätze vorschlagen. Die Beiträge dürfen höchstens zehn Seiten umfassen, müssen in englischer Sprache verfasst werden und dürfen weder bereits veröffentlicht noch öffentlich präsentiert worden sein. Die Bewertung erfolgt nach wissenschaftlicher und strategischer Bedeutung, Originalität, Anwendbarkeit der vorgeschlagenen Ideen und Qualität der Veröffentlichung.

Neben einem Preisgeld erhalten die ersten drei Preisträger eine Mitgliedschaft in der IAOS. Zusätzlich erhält der Gewinner die Möglichkeit, seinen Beitrag auf dem 59. ISI Weltkongress vom 25. bis 30. August 2013 in Hong Kong vorzustellen. Nähere Informationen enthält die [IAOS-Website](http://www.iaos.org).

In 2011 gewann Julia Höninger, Amt für Statistik Berlin-Brandenburg, bei diesem Wettbewerb den ersten Preis und konnte ihren Beitrag „Morpheus – An innovative approach to remote data access“ auf dem 58. ISI Weltkongress in Dublin präsentieren.

Weitere Auskünfte erhalten Sie über unsere Rufnummer 0611 75 4704 oder unter www.destatis.de/kontakt.

Das Statistische Bundesamt auf der Messe MODERNER STAAT 2012 in Berlin



Am 6. und 7. November 2012 fand letztmalig unter der Schirmherrschaft des Bundesinnenministers die Kongressmesse MODERNER STAAT statt. Insgesamt 196 Aussteller zeigten die neuesten Strategien, Projekte und Produkte für die öffentliche Verwaltung. Präsentiert wurden die Lösungen aus den Themenbereichen IT-, Finanz- und Personalmanagement sowie E-Government. Das Statistische Bundesamt war an zwei Präsentationscountern auf der Ausstellungsfläche des BMI mit drei Projekten vertreten:

- Geofachdaten der amtlichen Statistik für E-Government,
- WebSKM – Bürokratie sichtbar machen und
- Open Data Beitrag der Statistik – Informationsbasis für alle.

Der Bundesinnenminister übernimmt im nächsten Jahr die Schirmherrschaft für ein neues Format: den „Zukunftskongress Staat und Verwaltung“, der Mitte Juni 2013 im Berliner Congress Center stattfinden soll.

Weitere Auskünfte erhalten Sie über unsere Rufnummer 0611 75 2405 oder unter www.destatis.de/kontakt.

Sitzung der Arbeitsgruppe für Regionalstatistik und ländliche Entwicklung

Auf der diesjährigen Sitzung der Arbeitsgruppe für Regionalstatistik und ländliche Entwicklung am 1. und 2. Oktober 2012 in Luxemburg informierte Eurostat umfassend über den Stand der Arbeiten und die weitere Planung. Themenschwerpunkte für die Bereiche Regionalstatistik und ländlichen Entwicklung waren:

- Der Ausbau der europäischen Regionalstatistik, vor allem für die Bereiche Arbeitsmarkt- und Umweltstatistiken.

Für kleinräumige Arbeitsmarktstatistiken liegt nun ein vorläufiger Endbericht vor. Im Bereich der Umweltstatistiken wurde mit einer neuen Erhebungsrunde im Oktober 2012 begonnen; sie soll zum Ende des Jahres beendet sein. Im Weiteren wurde eine neue Erhebungsrunde für die europäische Städterhebung „Urban Audit“ zum Jahresbeginn eingeleitet. Diese Daten werden vor allem für die europäische Förderpolitik besonders im Rahmen des von 2014 bis 2020 geltenden Kohäsions-Förderprogramms benötigt. Für diese städtestatistische Datensammlung wird vor allem die 2011 auf Methoden der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) aufbauende von der Generaldirektion für Regionalpolitik und Stadtentwicklung (DG REGIO) in Abstimmung mit der Generaldirektion Landwirtschaft und ländliche Entwicklung (DG AGRI) und Eurostat verabschiedete regionale Klassifikation „Degree of Urbanisation“ (DEGURBA) auf Rasterbasis verwendet. Im Weiteren

sollen im Rahmen der Neuausrichtung des Merkmalsprogramms nur noch Merkmale erfragt werden, die für rund 80 % der europäischen Städte bereitgestellt werden können; auch in definitorischer Hinsicht soll die Datenlieferung noch stärker an vorhandene Datenbestände und Definitionen angepasst werden.

- Die turnusmäßige Revision der NUTS-Verordnung. Eurostat hat die Mitgliedstaaten und Statistischen Ämter aufgefordert, ihre Gebietsänderungen auf NUTS-Ebene seit der letzten Revision der NUTS-Verordnung bis zum 1. Februar 2013 an Eurostat zu melden; die Änderungen sollen spätestens im AESS im September 2013 verabschiedet werden.

- Regionalstatistische Veröffentlichungen. Neben den regionalstatistischen Veröffentlichungen von Eurostat, besonders dem jährlich erscheinenden Statistischen Jahrbuch sowie einem Statistical Atlas, gibt es eine Fülle von regionalstatistischen Veröffentlichungen seitens der Europäischen Kommission im Internet. Besonders genannt wurden hier vor allem die Generaldirektion für Regionalpolitik und Stadtentwicklung (DG REGIO) sowie die von der Kommission und den Mitgliedstaaten getragene Organisation European Spatial Planning Observation Network (ESPON), eine Forschungseinrichtung zur Unterstützung der territorialen Entwicklung und Kohäsion in der Europäischen Union; eine weitere Zusammenarbeit ist für die kommende Förderperiode geplant.

- Der Stand der Arbeiten zur Bereitstellung von Daten zur ländlichen Entwicklung.

Das zugrundeliegende Indikatorenset deckt sozioökonomische, ökologische und landwirtschaftliche Aspekte ab. Da Daten zur ländlichen Entwicklung nicht vollständig aus bestehenden Quellen gewonnen werden können, hat Eurostat den EU-Mitgliedstaaten für die Bereitstellung weiterer Angaben für die Jahre 2005 bis 2010 Beihilfen zur Verfügung gestellt. Insgesamt beteiligten sich neun Mitgliedstaaten an der Bereitstellung zusätzlicher Daten zur ländlichen Entwicklung (Österreich, Bulgarien, Dänemark, Finnland, Ungarn, Italien, Polen, Rumänien, Slowakei). Diese Angaben werden insbesondere von der DG AGRI

zur Überwachung und Bewertung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) benötigt.

- die verbesserte Präsenz des Themas auf der Eurostat-Website.

Es gibt seit kurzem einen eigenen Knotenpunkt für den Bereich der ländlichen Entwicklung. Darüber hinaus wurden in die Eurostat-Datenbank verfügbare Angaben zum ländlichen Raum (basierend auf der urban-rural typology) eingestellt.

Viertes Welt Forum der OECD in Neu-Delhi



Vom 16. bis 19. Oktober 2012 veranstaltete die Organisation für wirtschaftliche Zusammen-

arbeit und Entwicklung (OECD) gemeinsam mit der indischen Regierung in Neu-Delhi ihr viertes Welt Forum, das dieses Mal unter dem Motto stand: „Measuring Well-Being for Development and Policy Making“.

An der Konferenz nahmen nach Angaben der Veranstalter mehr als 900 Personen aus über 100 Ländern teil, die überwiegend aus den Bereichen Politik, Wissenschaft und amtliche Statistik stammten. Die hochrangige Beteiligung von Seiten der Politik wie auch die Beiträge international renommierter Wissenschaftlicher unterstrichen die Bedeutung, die dem Thema dieser Konferenz derzeit weltweit beigemessen wird. So waren der britische Premierminister David Cameron wie auch die ehemalige chilenische Präsidentin und jetzige Untergeneralsekretärin der Vereinten Nationen, Michelle Bachelet, jeweils mit einer eigenen Videobotschaft vertreten. Indien war u. a. durch Redebeiträge auf Ministerebene sowie seinen früheren Staatspräsidenten Abdul Kalam vertreten.

Der amerikanische Nobelpreisträger Joseph Stiglitz ging in seinem Vortrag auf die Ergebnisse der von ihm geleiteten Kommission zur Messung der wirtschaftlichen Leistung und des sozialen Fortschritts ein. Dem Bruttoinlandsprodukt auch andere zentrale Messgrößen zur Seite zu stellen, sei auch deshalb wichtig, so betonte er, weil die Auswahl der Messgrößen einen direkten Einfluss auf die Gestaltung von Politik habe. Auch unterstrich er noch einmal die Bedeutung des Aspekts der Verteilung bei der

Messung der einzelnen Elemente der Lebensqualität. In Zeiten zunehmender Einkommensungleichheit in vielen Ländern verliere die Variable „Bruttoinlandsprodukt pro Kopf“ immer mehr an Aussagekraft für einen wachsenden Teil der Bevölkerung.

In einem weiteren zentralen Vortrag sprach sich der britische Ökonom Richard Layard dezidiert für die Einbeziehung subjektiver Messgrößen des Wohlbefindens (well-being) aus. Explizit lobte er die methodischen Arbeiten, die die OECD zur Messung des subjektiven Wohlbefindens vorgelegt hat.

Neben den Plenumsveranstaltungen fanden auch 16 Parallelworkshops zu verschiedenen Teilaspekten des Themas der Konferenz statt. Die meisten dort präsentierten Beiträge sind unter der Adresse www.oecdindia.in zugänglich.

Insgesamt zeigte die Konferenz, dass das Anliegen, die Wohlfahrt eines Landes umfassender darzustellen als nur durch die Messgröße des Bruttoinlandsprodukts, inzwischen weltweit verfolgt wird. Und das gilt für entwickelte Länder wie auch für Schwellen- und Entwicklungsländer. Auf der internationalen Ebene wird die Diskussion geführt im Rahmen der OECD, von Eurostat, dem United Nations Development Programme (UNDP) sowie den regionalen Kommissionen der Vereinten Nationen. Die Diskussion, die zwar auch schon vorher geführt wurde, ist durch die im September 2009 erfolgte Vorlage des Berichts der Stiglitz-Sen-Fitoussi Kommission enorm befördert worden und vor allem auch in die verstärkte Aufmerksamkeit der Politik gerückt worden.

Die Konferenz hat gezeigt, dass die mit der Vorlage des Berichts der Stiglitz-Sen-Fitoussi Kommission ausgelöste internationale Diskussion inzwischen bei verschiedenen Themen zu einer verstärkten Konvergenz geführt hat. Dies zeigt sich beispielsweise bei der Auswahl der in die Analyse einzubeziehenden Bereiche (domains) von Lebensqualität. Inzwischen besteht auch weitgehende Einigkeit darüber, dass zu einer Analyse des Wohlbefindens der Bevölkerung auch die Einbeziehung subjektiver Indikatoren notwendig ist und dass dies auch von der amtlichen Statistik geleistet werden sollte.

Immer wieder wurde auch die Wichtigkeit der Einbeziehung von Verteilungsaspekten in die Analyse betont. Dabei geht es sowohl um die Verteilung nach verschiedenen sozialen wie auch altersmäßig geschichteten Gruppen der Bevölkerung als auch nach einer räumlichen Gliederung der Analyse. So wurde wiederholt auch die Notwendigkeit regionaler sowie lokaler Datenerhebungen zu der genannten Thematik unterstrichen.

Im Übrigen beabsichtigt die OECD, nicht nur „Best practices“ für die Fortschrittsmessung in verschiedenen Nationen mit unterschiedlichem wirtschaftlichen Entwicklungsstand vorzustellen, sondern auch einen Rahmen für die Fülle mittlerweile unterschiedlicher Indikatorensysteme zur Fortschrittsmessung im weiteren Sinne auf inter- und supranationaler Ebene zu bieten. Dazu gehören vor allem für die Europäische Union die Arbeiten an „GDP and beyond“ – einer Mitteilung der Europäischen Kommission – sowie die „Europa 2020“-Strategie als Fortführung der Lissabon-Strategie für den Zeitraum 2000–2010. Auf internationaler Ebene zählen dazu die „Millennium Development Goals“ (MDG) der Vereinten Nationen (UN), die derzeit evaluiert und modifiziert werden: Die Arbeiten konzentrieren sich auf eine Neuausrichtung der Ziele und ihre Ergänzung im Hinblick auf eine nachhaltige Entwicklung. Der neue integrierte Ansatz soll im nächsten Jahr von der UN-Vollversammlung angenommen und ab 2016 umgesetzt werden.

Martine Durand, die Chefstatistikerin der OECD, betonte in ihren abschließenden Bemerkungen, dass es zukünftig verstärkt darum gehen werde, die Arbeiten zum Themenbereich „Well-being“ noch stärker zu verbinden mit den Diskussionen über nachhaltige Entwicklung und die nun aufgenommene Debatte über die Post-2015 Goals der Vereinten Nationen.

Das nächste OECD Welt Forum ist für das Jahr 2015 geplant.

Weitere Auskünfte erhalten Sie über unsere Rufnummern 0611 75 3369 und -2082 oder unter www.destatis.de/kontakt.

Das Statistische Bundesamt auf der ConSozial in Nürnberg



Am 7. und 8. November 2012 präsentierte sich das Statistische Bundesamt mit seinem umfangreichen Daten- und Informationsangebot auf der

[ConSozial](#) in Nürnberg. Die ConSozial ist Deutschlands größte Fachmesse und Kongress für die Sozialwirtschaft.

Veranstalter ist das Bayerische Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen. Ideelle Träger sind die Spitzenverbände der Wohlfahrtsverbände im Freistaat sowie die Bundesarbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtspflege. Unter dem Motto „Menschen gestalten Zukunft – inklusiv und selbstbestimmt“ stellten ca. 260 Aussteller aus den Bereichen Wirtschaft, Wohlfahrtspflege und Weiterbildung ihre Produkte und Angebote vor. Mittelpunkt war wie in den Jahren zuvor der Mensch mit seinen individuellen Bedürfnissen.

Am Messestand des Statistischen Bundesamtes gaben die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Fachreferate sowie der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit dem interessierten Fachpublikum sachkundig Auskunft zu den Informationsangeboten. Über 5 000 Besucherinnen und Besucher kamen an den beiden Veranstaltungstagen auf die Messe. Schwerpunktthemen waren die Kinder- und Jugendhilfe, die Gesundheitsberichterstattung sowie der Mikrozensus mit seinen Ergebnissen zu Haushalten und Familien. Die Produkte des Statistischen Bundesamtes, insbesondere die Fachveröffentlichungen und -broschüren, fanden im wahrsten Sinn des Wortes reißenden Absatz. Besonders interessierte Standbesucherinnen und -besucher holten sich Hilfestellung im Umgang mit den einschlägigen Online-Angeboten auf der Homepage www.destatis.de. Das Fazit nach zwei Tagen: Es war ein erfolgreicher Messeauftritt.

Weitere Auskünfte erhalten Sie über unsere Rufnummer 0611 75 2405 oder unter www.destatis.de/kontakt.

21. Wissenschaftliches Kolloquium: „Statistik im Lichte der Europäischen Banken- und Schuldenkrise“



Am 22. und 23. November 2012 fand im Museum Wiesbaden das 21. wissenschaftliche Kolloquium zum Thema „Statistik im Lichte der Europäischen Banken- und Schuldenkrise“ statt. Rund 200 Teilnehmer/-innen besuchten die gemeinsam vom Statistischen Bundesamt mit der Deutschen Statistischen Gesellschaft (DStatG) veranstaltete Tagung.

„Noch nie in der inzwischen 21-jährigen Geschichte der Kolloquien gab es ein Thema von solch politischer Brisanz. Die Europäische Banken- und Schuldenkrise steht täglich auf der Agenda der Regierungen und dominiert fast jeden Tag das Nachrichtengeschehen“, hob Herr Vizepräsident Dieter Sarreither in seiner Begrüßung hervor.

Für das Statistische Bundesamt und die Deutsche Statistische Gesellschaft war es als Veranstalter wichtig, bei den Referaten einen Mix aus akademischer Wirtschaftsforschung, angewandter Forschung, Politik und amtlicher Statistik in den an der Tagung beteiligten Institutionen zu realisieren. Die Vortragenden waren neben renommierten Forscherinnen und Forschern aus Universitäten und Wirtschaftsforschungsinstituten insbesondere auch Wissenschaftler von Bundesbank, EZB (Europäische Zentralbank), Bundesministerium der Finanzen, Eurostat und Statistischem Bundesamt. Das Kolloquium wurde von Herrn Prof. Dr. Ullrich Heilemann von der Universität Leipzig moderiert.

Die [Tagungsdokumentation](#) mit den Vortrags-Präsentationen und dem Programmheft mit den Kurzfassungen der Beiträge sind im Internetangebot des Statistischen Bundesamtes verfügbar.

Weitere Auskünfte erhalten Sie über unsere Rufnummer 0611 75 2077 oder unter www.destatis.de/kontakt.

Gerhard Fürst Preis 2012



Zum 14. Mal hat das Statistische Bundesamt herausragende wissenschaftliche Arbeiten mit dem Gerhard-Fürst-Preis prämiert. Zwei weitere Arbeiten wurden mit einem Förderpreis für Nachwuchswissenschaftler ausgezeichnet.

Für seine Dissertation zum Thema „Wege zur Studienberechtigung – Wege ins Studium? Eine Untersuchung sozialer Inklusions- und Ablenkungsprozesse“ hat Dr. Steffen Schindler den Gerhard-Fürst-Preis 2012 des Statistischen Bundesamtes in der Kategorie „Dissertationen“ erhalten. Die prämierte Dissertation ist bei Prof. Dr. Walter Müller an der Universität Mannheim entstanden. Das damit verbundene Preisgeld beträgt 5 000 Euro.

In der Kategorie „Master-/Bachelorarbeiten“ wurde die Bachelorarbeit von Saskia Pohl zum Thema „Statistische Analyse des Einflusses klimarelevanter Faktoren auf die Entwicklung der Ozonkonzentrationen an Luftmessstationen in Sachsen-Anhalt“ als herausragende Leistung bewertet und mit dem Gerhard-Fürst-Preis 2012 ausgezeichnet. Das damit verbundene Preisgeld beträgt 2 500 Euro. Die Bachelorarbeit ist bei Prof. Dr. Jürgen Köhler an der Hochschule Magdeburg-Stendal verfasst worden.

Zwei weitere wissenschaftliche Nachwuchskräfte wurden mit einem Förderpreis geehrt: Zum einen wurde Dr. Stephanie Eckman für ihre an der University of Maryland bei Prof. Dr. Frauke Kreuter verfasste Dissertation „Errors in Housing Unit Frames and Their Effects on Survey Estimates“ ausgezeichnet. Der Förderpreis in der Kategorie „Dissertationen“ ist mit 2 000 Euro dotiert. Zum anderen prämierte das Statistische Bundesamt die Bachelorarbeit von Hauke Feil „Postkommunismus, Ressourcenreichtum und Autoritarismus: eine mögliche Korrelation? Der 'Resource Curse' und seine Folgen auf die demokratischen Strukturen der ehemals kommunistischen Staaten in Europa und Asien“, die an der Universität Bremen bei Privatdozent Dr. Heiko Pleines entstanden ist. Der Förderpreis in der Kategorie „Master-/Bachelorarbeiten“ ist mit 1 000 Euro dotiert.

Das Statistische Bundesamt nimmt die Auszeichnungen auf Empfehlung eines unabhängigen Gutachtergremiums vor. Überreicht wurden die Preise von Vizepräsident Sarreither auf dem 21. Wissenschaftlichen Kolloquium zum Thema „Statistik im Lichte der Europäischen Banken- und Schuldenkrise“, welches das Statistische Bundesamt zusammen mit der Deutschen Statistischen Gesellschaft am 22. und 23. November 2012 in Wiesbaden veranstaltete (siehe vorheriger Artikel).

Die Laudationes auf die prämierten Arbeiten wurden vom Vorsitzenden des Gutachtergremiums, Prof. Dr. Ullrich Heilemann (Universität Leipzig), gehalten. Diese werden in der Dezember-Ausgabe der Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“ nachzulesen sein. Die Preisträgerinnen und Preisträger berichten Anfang 2013 ausführlich in der Zeitschrift über ihre Arbeiten.

Die Kurzfassungen der prämierten Arbeiten sowie weitere Details zur Verleihung des Gerhard-Fürst-Preises sind im Internetangebot des Statistischen Bundesamtes unter www.destatis.de zu finden. Auch nähere Informationen über das Programm des Kolloquiums sowie die Kurzfassungen der Kolloquiums-Beiträge finden Sie in unserem Internetangebot.



Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Arbeitsmarkt

Experten des IWH zu Gast in Wiesbaden



Experten des [Instituts für Wirtschaftsforschung Halle \(IWH\)](http://www.iwh.uni-leipzig.de) waren am 14. November 2012 zu Gast bei der Input-Output-Rechnung in Abtei-

lung D „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Arbeitsmarkt, Preise“. Das Statistische Bundesamt unterstützt das IWH seit langem bei der Erstellung von Input-Output-Tabellen für Ostdeutschland. Hauptgegenstand der aktuellen Gespräche waren konzeptionelle Fragen der Input-Output-Rechnung im Zusammenhang mit den zur

Verfügung stehenden Datenquellen. Das IWH entwickelt sein Forschungsprofil in der empirischen Wirtschaftsforschung auf Basis des Leitthemas „Von der Transformation zur europäischen Integration“.

Weitere Auskünfte erhalten Sie über unsere Rufnummer 0611 75 2521 oder unter www.destatis.de/kontakt.

45. Tagung des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“

Die 45. Tagung des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ fand vom 7. bis 8. November 2012 in der Lutherstadt Wittenberg in Sachsen-Anhalt statt.

Wie bereits auf der diesjährigen Frühjahrstagung, lag der thematische Schwerpunkt der 45. Tagung auf der Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen 2011. Nachdem am 5. Juli diesen Jahres die ersten detaillierten Länderergebnisse der VGR-Revision 2011 für das Bruttoinlandsprodukt (BIP) und die Bruttowertschöpfung (BWS) nach der neuen Wirtschaftszweiggliederung WZ 2008 am aktuellen Rand für die Jahre 2008 bis 2011 vorgestellt wurden, sind nun vorwiegend die noch ausstehenden Rückrechnungsergebnisse der Jahre 1991 bis 2007 behandelt worden. Die bisherigen Konsistenzprüfungen zwischen den rückgerechneten Länderergebnissen der BWS, dem Arbeitnehmerentgelt und den Erwerbstätigen für die einzelnen Wirtschaftsbereiche sind überwiegend positiv verlaufen. Weitere Prüfungen zwischen den Aggregaten der Entstehungs-, Verwendungs- und Verteilungsrechnung auf Länderebene stehen noch an.

Vorbehaltlich dieser Ergebnisprüfung im Rahmen der 3-Seiten-Rechnung hat der Arbeitskreis „VGR der Länder“ zentrale Beschlüsse zur Freigabetiefe der für Ende Januar/Anfang Februar 2013 geplanten Veröffentlichung der Länderrückrechnungsergebnisse BIP, BWS, Arbeitnehmerentgelt sowie Bruttolöhne und -gehälter gefasst. Sie berücksichtigen weitgehend Forderungen u. a. von Wirtschaftsforschungsinstituten nach tiefer gegliederten Regionaldaten.

Die 46. Tagung des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ wird vom Statistikamt

Nord ausgerichtet. Sie wird vom 24. bis 25. April 2013 in Husum stattfinden.

Auskünfte erhalten Sie über www.destatis.de/kontakt.

Sitzung der UNECE-Expertengruppe zur Messung von Qualität bezahlter Arbeit



Am 22. und 23. November 2012 fand in Wiesbaden die Sitzung der UNECE-Expertengruppe (United Nations Economic Commission for

Europe) zur Messung von Qualität der Arbeit statt. Das Gremium unter Vorsitz des Statistischen Bundesamtes erarbeitet einen Indikatorenrahmen, mit dem die verschiedenen Aspekte bezahlter Arbeit abgedeckt werden sollen. Zur Sitzung in Wiesbaden waren etwa 25 Experten aus verschiedenen nationalen Statistikämtern in Nordamerika und Europa sowie aus internationalen Organisationen im Statistischen Bundesamt zu Gast.

Seit dem Jahr 2000 wird, federführend durch die UNECE, daran gearbeitet, eine gemeinsame Strategie zur Messung von Qualität der Arbeit zu entwickeln. In diesem Zusammenhang wurde ein Indikatorenrahmen mit sieben Dimensionen und etwa 50 Indikatoren erarbeitet, den die Konferenz Europäischer Statistiker (CES) im Juni 2010 beschlossen hat. Zugleich wurde von der CES bekräftigt, die Arbeiten fortzusetzen und die Indikatoren differenziert auszuarbeiten.

Die aktuelle Expertengruppe wurde im Februar 2012 gegründet und wird bis Mitte 2015 arbeiten. Sie hat den Auftrag, das vorliegende Konzept und die Indikatorenliste weiterzuentwickeln und für jeden der Indikatoren operational Definitionen und Empfehlungen zu spezifizieren.

Folgende Länder und Organisationen beteiligen sich an der Expertengruppe: Aserbaidschan, Australien, Kanada, Finnland, Frankreich, Deutschland (Vorsitz), Israel, Italien, Luxemburg, die Republik Moldau, die Niederlande, die Schweiz, Eurostat, Eurofound (Europäische Stiftung für die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen), ILO (International Labour Organization), OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung),

UNECE (Sekretariat) sowie WIEGO (Women in Informal Employment: Globalizing and Organizing).

Deutschland ([Kennzahlenbroschüre „Qualität der Arbeit. Geldverdienen und was sonst noch zählt“](#); [Qualität der Arbeit – Internetversion](#)) und die Schweiz ([Qualität der Beschäftigung in der Schweiz – Flyer](#)) haben den Indikatorenrahmen bereits mit Daten der amtlichen Statistik umgesetzt. Diese Beispiele zeigen auch den anderen Ländern verschiedene Umsetzungsmöglichkeiten auf.

Weitere Auskünfte erhalten Sie über unsere Rufnummer 0611 75 4106 oder unter www.destatis.de/kontakt.



Verdienste, Dienstleistungen

EU-Verordnung über Statistiken zur Informationsgesellschaft

Die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder führen jährlich in Zusammenarbeit mit dem Statistischen Amt der Europäischen Union (Eurostat) eine Erhebung zur Nutzung von modernen Informations- und Kommunikationstechnologien durch, um Informationen über deren Bedeutung und Einsatz in Unternehmen, Haushalten und bei Einzelpersonen zu erhalten.

In der Verordnung (EU) Nr. 1083/2012 sind sowohl für Unternehmen (Anhang I) als auch für Einzelpersonen und Haushalte (Anhang II) in Einklang mit Artikel 8 Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 808/2004 Durchführungsmaßnahmen festgelegt worden. In den Anhängen ist im Einzelnen geregelt, welche Daten für das Bezugsjahr 2013 im Bereich der Gemeinschaftsstatistiken zur Informationsgesellschaft zu erheben und an Eurostat zu liefern sind. Die Erteilung der Auskunft ist freiwillig.

Die Verordnung (EU) Nr. 1083/2012 ist am 10. Dezember 2012 in Kraft getreten.

Weitere Auskünfte erhalten Sie unter www.destatis.de/kontakt.

Gender Pay Gap 2010

Der Gender Pay Gap vergleicht den Durchschnittsverdienst aller Arbeitnehmer beziehungsweise Arbeitnehmerinnen in allgemeiner Form miteinander. Auf diese Weise wird auch der Teil des Verdienstunterschieds erfasst, der durch schlechtere Zugangschancen von Frauen zu bestimmten Berufen oder Karrierestufen verursacht wird, die möglicherweise ebenfalls das Ergebnis benachteiligender Strukturen sind. Die europaweit einheitliche Datenquelle für das Berichtsjahr 2010 ist die Verdienststrukturerhebung 2010, die sich auf die gesamte Wirtschaft mit Ausnahme des Wirtschaftsabschnitts „Land- und Forstwirtschaft, Fischerei“ erstreckt und Betriebe mit zehn und mehr Beschäftigten einbezieht. Um die Vergleichbarkeit auf EU-Ebene und im Zeitverlauf zu gewährleisten, wird für die Berechnung des Gender Pay Gap der Wirtschaftsabschnitt „Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung“ ausklammert.

Mit 27,64 Euro war der durchschnittliche Bruttostundenverdienst weiblicher Führungskräfte im Jahr 2010 in Deutschland um 30 % niedriger als der von männlichen Führungskräften (39,50 Euro). Ähnlich hohe Verdienstunterschiede gab es bei Technikern (30 %) und akademischen Berufen (28 %). Mit 25 % war der Gender Pay Gap bei handwerklichen Berufen ebenfalls überdurchschnittlich hoch. Die geringste Differenz des durchschnittlichen Bruttostundenverdienstes gab es mit 4 % zwischen weiblichen und männlichen Bürokräften.

Verglichen mit der letzten Erhebung 2006 hat sich der Verdienstunterschied insgesamt leicht verringert – um knapp einen Prozentpunkt auf nunmehr 22 %. Dieses Ergebnis weicht geringfügig von dem bereits veröffentlichten, über eine Fortschätzung ermittelten Wert für 2010 (23 %) ab. Anders als die jährlichen Fortschätzungen erlaubt die alle vier Jahre durchgeführte Verdienststrukturerhebung eine detaillierte Auswertung des Gender Pay Gap nicht nur nach dem Beruf, sondern auch nach anderen statistischen Merkmalen der Beschäftigten. So nahm mit steigendem Alter der Beschäftigten der Verdienstunterschied zwischen Frauen und Männern zu: Für 24-Jährige und Jüngere betrug er nur 2 %. In der Altersgruppe der 25- bis 34-Jährigen waren es 11 %, bei den 35- bis 44-Jährigen

lag er bereits bei 24 %. Bei den 55- bis 64-Jährigen war er mit 28 % am größten.

Auch mit dem Bildungsniveau steigt der Gender Pay Gap. Bei niedrigen Abschlüssen (zum Beispiel Haupt- oder Realschule) lag er bei 11 %. Bei mittlerer Bildung (zum Beispiel Gymnasium) betrug der Verdienstabstand 19 %. Bei höheren Abschlüssen (zum Beispiel Hochschulstudium) lag der Verdienst von Frauen hingegen um 27 % unter dem von Männern.

Weiterführende Informationen enthält der Beitrag von Finke, C.: „Verdienstunterschiede zwischen Männern und Frauen – Eine Ursachenanalyse auf Grundlage der Verdienststrukturerhebung 2006“ in [WiSta 1/2011](#), Seite 36 ff.

Weitere Auskünfte erhalten Sie über unsere Rufnummer 0611 75 2689 oder unter www.destatis.de/kontakt.



Finanzen und Steuern

Nutzerkonferenz Steuerstatistik in Berlin

Am 11. und 12. Oktober 2012 fand in der Humboldt-Universität zu Berlin die Nutzerkonferenz Steuerstatistik statt, gemeinsam veranstaltet vom Fachbereich Steuerstatistik im Statistischen Bundesamt, der Humboldt-Universität zu Berlin und dem Forschungsdatenzentrum des Statistischen Bundesamtes. Knapp 100 Teilnehmerinnen und Teilnehmer erörterten zwei Tage lang im repräsentativen Senatsaal der Universität Nutzung und Perspektiven der Steuerstatistiken für Politikberatung und Wissenschaft.

Themenschwerpunkte bildeten:

- der Stand der Steuerstatistiken aus Sicht der Produzenten, des Bundesfinanzministeriums und der Wissenschaft,
- die Nutzung der Steuerstatistiken zur Politikberatung insbesondere im Rahmen von Mikrosimulationsmodellen,
- die verfügbaren Paneldaten der Steuerstatistiken und deren Nutzung,
- der Datenzugang für Wissenschaftler und Perspektiven der Geheimhaltung in den Steuerstatistiken sowie

- nationale und internationale Perspektiven der Steuerstatistiken.

Die Nutzerinnen und Nutzer hoben die erheblichen Fortschritte bei der Bereitstellung von steuerstatistischen Daten für Politikberatung und Wissenschaft in den letzten zehn Jahren hervor. Entwicklungspotenziale wurden insbesondere bei der weiteren Verknüpfung von Steuerstatistiken im Längs- und Querschnitt, der Aufbereitung der E-Bilanz sowie bei den Zugriffsmöglichkeiten der Wissenschaft auf die Mikrodaten gesehen.

Neben Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus den Gruppen „Finanzen und Steuern“, „Institut für Forschung und Entwicklung in der Bundesstatistik“ und „Mathematisch-Statistische Methoden, Forschungsdatenzentrum“ des Statistischen Bundesamtes trugen zahlreiche Nutzerinnen und Nutzer vor, die mit unterschiedlichen Themenschwerpunkten über vielfach langjährige Erfahrungen im Umgang mit den Steuerstatistiken verfügen.

Weitere Auskünfte erhalten Sie über unsere Rufnummer 0611 75 4120 oder unter www.destatis.de/kontakt.



Außenhandel

Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik



Das „Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik, Ausgabe 2013“ (WA 2013) tritt am 1. Januar 2013 in Kraft und ersetzt die Ausgabe 2012 (WA 2012).

Das WA dient der Klassifizierung der Waren für die Statistik des Warenverkehrs mit den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften (Intrahandel) und mit den Drittländern (Extrahandel) und ist damit die Grundlage für die Darstellung von Außenhandelsergebnissen in tiefer fachlicher Gliederung.

Das WA entspricht in den Kapiteln 1 bis 98 vollständig der zolltariflichen und statistischen Nomenklatur der Europäischen Gemeinschaften (Kombinierte Nomenklatur), einer

tief gegliederten Warennomenklatur, die sowohl den Erfordernissen des Gemeinsamen Zolltarifs als auch denen der Außenhandelsstatistik der Gemeinschaft sowie anderen Gemeinschaftspolitiken in den Bereichen Wareneinfuhr und -ausfuhr Rechnung trägt.

Um veränderte Anforderungen in Bezug auf Statistik und Handelspolitik, die Erfüllung internationaler Verpflichtungen, technische oder wirtschaftliche Entwicklungen und die Notwendigkeit einer Angleichung oder Präzisierung des Wortlauts zu berücksichtigen und auch die Datenlieferanten zu entlasten, hat die EU-Kommission zum 1. Januar 2013 eine Reihe von Änderungen in der Kombinierten Nomenklatur beschlossen.

Die Anpassungen, die sich unmittelbar auf die Anmeldung für den Zoll und die Außenhandelsstatistik auswirken, das heißt alle Veränderungen von Warennummern und Besonderen Maßeinheiten, sind in einer Übersicht zusammengestellt. Sie steht als kostenloser Download „ÄNDERUNGEN im Warenverzeichnis“ im Internetangebot des Statistischen Bundesamtes unter www.destatis.de zur Verfügung. Die Buchausgabe beinhaltet wie ihre Vorjahresausgaben ein alphabetisches Stichwortverzeichnis sowie das Länderverzeichnis für die Außenhandelsstatistik (Stand: 1. Januar 2012).

Sie können die Printausgabe zum Preis von 35,00 EUR + Versandkosten [hier](#) bestellen.

Neben der Buchausgabe ist das Warenverzeichnis auch als datenbankgestützte Anwendung auf CD-ROM erhältlich. Darüber hinaus stehen die einzelnen Kapitel zum [kostenfreien Download](#) zur Verfügung.

Auskünfte erhalten Sie über unsere Rufnummer 0611 75 4522 oder unter www.destatis.de/kontakt.



Soziales, Bildung, Private Haushalte

Ausschuss Hochschulstatistik

Am 9. November 2012 traf sich der Ausschuss für die Hochschulstatistik zu seiner 70. Sitzung in Wiesbaden. Zentrales Thema war die Beratung des 15. Berichts des Ausschusses für die Hochschulstatistik an Bundestag und Bundesrat. Gemäß § 7 Abs. 2 Hochschulstatistikgesetz (HStatG) hat der Hochschulstatistikausschuss alle vier Jahre einen schriftlichen Bericht über seine Arbeit vorzulegen.

In dem Bericht kommt der Ausschuss für die Hochschulstatistik zu dem Ergebnis, dass die Sicherung von Lehre und Forschung auf einem qualitativ hohen Niveau ohne eine hinreichende Kenntnis quantitativer Aspekte nicht möglich ist. Im Mittelpunkt des Berichts des Ausschusses für die Hochschulstatistik steht deshalb die Frage, inwieweit das Programm der amtlichen Hochschulstatistik hierfür eine geeignete und verlässliche Datenbasis zur Verfügung stellt und in welchen Bereichen der Wandel der Hochschullandschaft eine weitere Anpassung erforderlich macht. Um die Qualität und Aktualität hochschulstatistischer Ergebnisse zu gewährleisten, sind nach Auffassung des Ausschusses für die Hochschulstatistik insbesondere folgende Maßnahmen zu realisieren:

- Anpassung der Hochschulfinanzstatistik, um steuerungsrelevante Informationen zu Ausstattungs- und Mittelverwendungsvergleichen zu liefern,
- Prüfung eines Kennzahlensets auf der Ebene von Studienbereichen bzw. Lehr- und Forschungsbereichen einzelner Hochschulen und
- Verbesserung der Datenlage zur Masterstudierendenquote, zu den Promovierenden, zum wissenschaftlichen Nachwuchs, zum dualen Studium, zum Studium im Ausland sowie zu den privaten Hochschulen.

Einige Anforderungen können auf der Basis des aktuellen Hochschulstatistikgesetzes nicht erfüllt werden, so dass zu beraten ist, unter welchen Voraussetzungen und in welchen Bereichen eine Änderung des Hochschulstatistik-

gesetzes die Ergebnisse verbessern könnte. Folgende Aspekte sind hierbei aus Sicht des Ausschusses für die Hochschulstatistik zu berücksichtigen:

- Nachweis der Hochschulstatistik auch nach Hochschulstandorten,
- Vollständige Erfassung der Promovierenden in der Studierendenstatistik,
- Aufnahme von Merkmalen zur sozialen Herkunft und zum Migrationshintergrund sowie
- Einführung einer Verlaufsstatistik für Studierende.

Neben dem Bericht hat sich der Ausschuss für die Hochschulstatistik in seiner Sitzung mit Fragen zu Methoden, Definitionen und Klassifikationen in der Hochschulstatistik beschäftigt. Die nächste Sitzung des Hochschulstatistikausschusses findet am 7. November 2013 im Statistischen Bundesamt in Wiesbaden statt.

Auskünfte erhalten Sie über unsere Rufnummer 0611 75 4168 oder unter www.destatis.de/kontakt.

Quote der Empfänger sozialer Mindestsicherung sinkt auf 8,9 %



Im Jahr 2011 ging in Deutschland der Anteil der Empfängerinnen und Empfänger sozialer Mindestsicherungsleistungen an der Gesamtbevölkerung erneut zurück. Zum Jahresende 2011 erhielten rund 7,3 Millionen Menschen

und damit 8,9 % der Bevölkerung Transferleistungen zur Sicherung ihres Lebensunterhalts. Das ist der niedrigste Wert seit der erstmaligen Berechnung im Jahr 2006.

Die Inanspruchnahme von Leistungen der sozialen Mindestsicherung sank gegenüber 2006 in allen Bundesländern, am stärksten war der Rückgang in Mecklenburg-Vorpommern. 2006 waren dort 17,8 % der Bevölkerung auf soziale Mindestsicherungsleistungen angewiesen, 2011 waren es 13,7 %.

Wie in den Vorjahren war die Quote zum Jahresende 2011 in Berlin am höchsten (18,9 %) und in Bayern am niedrigsten (4,3 %).

Die Transferleistungen der sozialen Mindestsicherungssysteme sind finanzielle Hilfen des Staates, die zur Sicherung

des grundlegenden Lebensunterhalts dienen. Dazu zählen folgende Leistungen:

- Arbeitslosengeld II/Sozialgeld nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II „Grundsicherung für Arbeitssuchende“; so genanntes Hartz IV),
- laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen nach dem SGB XII „Sozialhilfe“,
- laufende Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem SGB XII „Sozialhilfe“,
- Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) und
- Leistungen der Kriegsopferfürsorge nach dem Bundesversorgungsgesetz (BVG).

Die Empfängerzahlen der einzelnen Leistungen der sozialen Mindestsicherung entwickelten sich in den vergangenen Jahren unterschiedlich. So ging die Anzahl der Empfängerinnen und Empfänger von Grundsicherung nach dem SGB II („Hartz IV“) – die größte Empfängergruppe sozialer Mindestsicherungsleistungen – zum Jahresende 2011 gegenüber 2006 um 16 % auf rund 6,1 Millionen Personen zurück.

Die Inanspruchnahme von Mindestsicherungsleistungen im Rahmen der Sozialhilfe nach dem SGB XII („Hilfe zum Lebensunterhalt“ und „Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung“) stieg im gleichen Zeitraum um 24,7 % auf über 952 000 Personen an.

Detaillierte Daten für die Berichtsjahre 2006 bis 2010 enthält die Gemeinschaftsveröffentlichung [„Soziale Mindestsicherung in Deutschland 2010“](#) der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder.

Weitere Auskünfte erhalten Sie über unsere Rufnummer 0611 75 8705 oder unter www.destatis.de/kontakt.

Freie Träger wichtig für die Kindertagesbetreuung



Ab August 2013 gibt es für alle Kinder ab dem ersten Lebensjahr einen Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz. Damit soll die frühkindliche Bildung gefördert und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiter verbessert werden. Die Mehrzahl der Kinder in Deutschland wird in

Kindertageseinrichtungen in freier Trägerschaft betreut. Im Jahr 2010 waren dies fast 2 Millionen Kinder, für deren Betreuung rund 12,6 Milliarden Euro ausgegeben wurden. Besonders ausgabenintensiv ist dabei die Betreuung von Kindern unter drei Jahren: 20 % der Ausgaben der Kindertageseinrichtungen in freier Trägerschaft entfallen auf diese Altersgruppe, obwohl ihr Anteil an der Gesamtzahl der betreuten Kinder in diesen Einrichtungen nur 14 % beträgt. Dies ist primär darauf zurückzuführen, dass eine pädagogische Kraft in dieser Altersgruppe weniger Kinder betreut. In diesem Bereich wird auch deutlich mehr investiert, um in Zukunft den Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz erfüllen zu können. Der Ausbau wird von der Bundesregierung durch das Sondervermögen Kinderbetreuungsausbau gefördert.

Im Fachbericht [„Finanzen der Kindertageseinrichtungen in freier Trägerschaft 2010“](#) bietet das Statistische Bundesamt erstmalig aktuelle Daten zur finanziellen Situation von Kindertageseinrichtungen freier Träger an.

Weitere Auskünfte erhalten Sie über unsere Rufnummer 0611 75 4282 oder unter www.destatis.de/kontakt.

Von Armut oder sozialer Ausgrenzung betroffene Bevölkerung 2011

Etwa jede/r Fünfte (19,9 %) in Deutschland – rund 16 Millionen Menschen – war 2011 von Armut oder sozialer Ausgrenzung betroffen (2010: 19,7 %).

Dieser Indikator ist neben der Armutsgefährdungsquote ein weiteres Ergebnis der Erhebung LEBEN IN EUROPA 2011. Er wurde eingeführt, um die Fortschritte der europäischen Sozialpolitik bei der Verminderung von Armut und sozialer Ausgrenzung, einem Kernziel der sogenannten „Strategie Europa 2020“, in der EU zu messen. Armut oder soziale Ausgrenzung ist nach der Definition der Europäischen Union (EU) dann gegeben, wenn bei den befragten Haushalten eines oder mehrere der drei Kriterien „Armutsgefährdung“, „erhebliche materielle Entbehrung“, „Haushalt mit sehr geringer Erwerbsbeteiligung“ zutrifft. Erhebliche materielle Entbehrung liegt nach der EU-Definition dann vor, wenn aufgrund der Selbsteinschätzung des Haushalts mindestens vier der folgenden neun Kriterien erfüllt sind:

- Finanzielles Problem, die Miete oder Rechnungen für Versorgungsleistungen rechtzeitig zu bezahlen.
- Finanzielles Problem, die Wohnung angemessen heizen zu können.
- Finanzielles Problem, unerwartete Ausgaben in einer bestimmten Höhe aus eigenen finanziellen Mitteln bestreiten zu können.
- Finanzielles Problem, jeden zweiten Tag Fleisch, Fisch oder eine gleichwertige vegetarische Mahlzeit einnehmen zu können.
- Finanzielles Problem, jährlich eine Woche Urlaub woanders als zu Hause zu verbringen.
- Fehlen eines Pkw im Haushalt aus finanziellen Gründen.
- Fehlen einer Waschmaschine im Haushalt aus finanziellen Gründen.
- Fehlen eines Farbfernsehgeräts im Haushalt aus finanziellen Gründen.
- Fehlen eines Telefons im Haushalt aus finanziellen Gründen.

Ein Haushalt mit sehr geringer Erwerbsbeteiligung liegt nach der EU-Definition dann vor, wenn die tatsächliche Erwerbsbeteiligung (in Monaten) der im Haushalt lebenden, erwerbsfähigen Haushaltsmitglieder im Alter von bis zu 59 Jahren insgesamt weniger als 20 % ihrer potenziellen Erwerbsbeteiligung beträgt.

Unter den 2011 in Deutschland von Armut oder sozialer Ausgrenzung betroffenen Personen waren 15,8 % armutsgefährdet, 5,3 % von erheblicher materieller Entbehrung betroffen und 11,1 % lebten in einem Haushalt mit sehr geringer Erwerbsbeteiligung.

Frauen waren mit einer Quote von 21,3 % im Jahr 2011 häufiger von Armut oder sozialer Ausgrenzung betroffen als Männer (18,5 %). Während die Quote der unter 18-Jährigen mit 19,9 % dem Bundesdurchschnitt entsprach, waren ältere Menschen ab 65 Jahren seltener (15,3 %) und Personen zwischen 18 und 64 Jahren häufiger (21,3 %) betroffen.

Weitere Ergebnisse aus LEBEN IN EUROPA 2011 sowie methodische Erläuterungen und Publikationen sind auf den Internetseiten des Statistischen Bundesamtes unter www.destatis.de verfügbar.

Das Statistische Amt der Europäischen Union (Eurostat) veröffentlicht die Ergebnisse aller an EU-SILC (European Union Statistics on Income and Living Conditions) teilnehmenden Länder in seiner Datenbank unter epp.eurostat.ec.europa.eu.

Für weitere amtliche EU-Statistiken steht der Europäische Datenservice (EDS) unter www.eds-destatis.de zur Verfügung.

Weitere Auskünfte erhalten Sie über unsere Rufnummer 0611 75 8697 oder unter www.destatis.de/kontakt.

Das Statistische Bundesamt trägt bei Konferenz der American Statistical Association vor



Wie motiviert man Menschen mit wenig Geld, wenig Bildung, wenig Zeit oder geringen Sprach-

kennnissen zur Teilnahme an Haushaltserhebungen? Vom 31. Oktober bis 3. November 2012 widmete die American Statistical Association in New Orleans eine mehrtägige [Konferenz](#) dem Thema der „Hard-to-Reach-Populations“. Damit werden gesellschaftliche Gruppen bezeichnet, die im Rahmen von Haushaltserhebungen schwer zu erreichen sind, wie z. B. Migranten, Geringqualifizierte, sozial stigmatisierte Gruppen wie Prostituierte oder Drogenabhängige, aber auch Reiche und ältere Personen.

Die hochkarätig besetzte Tagung bot eine Vielzahl an Vorträgen zu praktischen und theoretischen Fragen der Erhebungsmethodik, der Stichprobenziehung sowie der Hochrechnung. Gerade in den USA mit ihrer extrem heterogenen Bevölkerung hat die Thematik traditionell einen sehr hohen Stellenwert, was sich auch in der beeindruckenden Anzahl der vorgestellten Projekte des US Census Bureau und verschiedener Forschungseinrichtungen zeigte.

Das Statistische Bundesamt war eingeladen, die Erfahrungen des Amtes beim Aufbau der Dauerstichprobe (DSP) und der Ziehung von EU-SILC vorzustellen. Die Präsentation von Dr. Luca Rebeggiani fand eine sehr gute Resonanz, gerade bei den europäischen Konferenzteilnehmern, und alle lobten den hohen wissenschaftlichen Standard der Qualitätsanalysen zu EU-SILC. Diese Analysen sind Teil eines mehrjährigen Qualitätsprojekts, in dem die deutsche

EU-SILC-Stichprobe einer umfassenden Begutachtung unterzogen wird.

Weitere Auskünfte erhalten Sie über unsere Rufnummer 0611 75 8864 oder unter www.destatis.de/kontakt.

Organisatorische Änderungen im Statistischen Bundesamt

Zum 15. Oktober 2012 sind folgende organisatorische Änderungen in den Abteilungen B „Strategie und Planung, internationale Beziehungen, Forschung und Kommunikation“, C „Informationstechnik, Mathematisch-statistische Methoden“ und F „Bevölkerung, Finanzen und Steuern“ in Kraft getreten.

- Das Forschungsdatenzentrum, bisher angebunden an die Gruppe B 2 „Institut für Forschung und Entwicklung in der Bundesstatistik“, wird der Gruppe C 1 „Mathematisch-statistische Methoden“ zugeordnet.
- In der Gruppe F 2 „Bevölkerung, Mikrozensus, Wohnen und Migration“ wird für die Dauer des Projekts „Basis+“ vor dem Referat F 201 eine referatgleiche Einheit mit der Bezeichnung „Projekt Basis+“ eingerichtet.

Die Bezeichnung der Gruppe C 1 ändert sich von „Mathematisch-statistische Methoden“ in „Mathematisch-statistische Methoden, Forschungsdatenzentrum“; die Bezeichnungen der Gruppen B 2 und F 2 bleiben unverändert.

Die organisatorische Änderung wurde im angehängten Organisationsplan berücksichtigt.

Personalnachrichten

Statistisches Bundesamt

Leitender Regierungsdirektor Prof. Dr. Manfred Ehling, Leiter der Gruppe F 2 „Bevölkerung, Mikrozensus, Wohnen und Migration“, wurde in die Gruppe C 1 „Mathematisch-statistische Methoden, Forschungszentrum“ umgesetzt und mit der Leitung dieser Gruppe beauftragt.

Mit Wechsel vom Leitenden Regierungsdirektor Prof. Dr. Manfred Ehling zu Gruppe C 1 „Mathematisch-statistische Methoden, Forschungszentrum“ wurde Leitendem Regierungsdirektor Hermann Seewald die Leitung der

gesamten Gruppe F 2 „Bevölkerung, Mikrozensus, Wohnen und Migration“ übertragen.

Regierungsdirektor Dr. Stefan Linz, Leiter des Referats D 306 „Methoden und Kommunikation in der Preisstatistik“, wurde in die Gruppe C 1 „Mathematisch-statistische Methoden, Forschungsdatenzentrum“ umgesetzt. In der Gruppe C 1 wurde ihm die Leitung des „Forschungsdatenzentrums“ übertragen.

Regierungsrätin Anke Kienle, Leiterin des Referats C 309 „IT-Planung und -Koordinierung“, wurde zur Oberregierungsrätin ernannt.

Oberregierungsrat Matthias Sacher, Leiter des Referats A 302 „Aufwandsermittlung, Kostenschätzung (Standort Wiesbaden)“, wurde in die Gruppe F 2 „Bevölkerung, Mikrozensus, Wohnen und Migration“ umgesetzt. Gleichzeitig wurde ihm die Leitung der referatgleichen Einheit „Projekt Basis+“ übertragen.

Regierungsrätin Juliane Gude, Leiterin des Referats F 310 „Umsatzsteuer, Verbrauchsteuern, Steuerhaushalt, Realsteuervergleich“, wurde zur Oberregierungsrätin ernannt.

Leitender Regierungsdirektor Ludwig Wallacher, Leiter der Gruppe E 3 „Dienstleistungen, Verkehr, Tourismus“, wurde mit Ablauf Oktober 2012 in den Ruhestand versetzt. Gleichzeitig wurde Herrn Regierungsdirektor Bernhard Veldhues die Leitung der gesamten Gruppe E 3 übertragen.

Regierungsrat Thomas Baumann, Leiter des Referats H 205 „Rechtspflege“, wurde zum Oberregierungsrat ernannt.

Oberregierungsrätin Brigitte Demant, Leiterin des Referats H 303 „Produktion, Aufbereitung der Ergebniserstellung“, wird mit Ablauf Dezember 2012 in den Ruhestand versetzt.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Oberregierungsrätin Heike Schmidt, Leiterin des Referats 61 „Landesinformationssystem, Regionalstatistik, Zentrale Informationsdienste und Internetangebot“, wurde zur Regierungsdirektorin ernannt.

Oberregierungsrat Franz Burger, Leiter des Referats 51 „Öffentliche Finanz- und Personalwirtschaft“, wurde zum Regierungsdirektor ernannt.

Hessisches Statistisches Landesamt

Mit Wirkung vom 16. Oktober 2012 wurde Leitender Regierungsdirektor Andreas B ü d i n g e r, Leiter der Abteilung III „Bevölkerung, Bildung, Rechtspflege, Wahlen“, zum ständigen Vertreter der Präsidentin Dr. Christel Figgenger bestellt.

Tagungskalender

Tagungstermin	Tagungsort	Tagung
Tagungen im Zeitraum Oktober bis Dezember 2012*		
8./9. Oktober 2012	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Statistik im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe“
9.–11. Oktober 2012	Bonn	Referentenbesprechung „Mikrozensus“
16./17. Oktober 2012	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Preisstatistik“
17./18. Oktober 2012	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Verdienste und Arbeitskosten“
18./19. Oktober 2012	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Insolvenz- und Überschuldungsstatistik“
22./23. Oktober 2012	Bonn	Referentenbesprechung „Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte“
23./24. Oktober 2012	Hamburg	Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“
23./24. Oktober 2012	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Erhebungen im Baugewerbe, Bautätigkeitsstatistiken“
24./25. Oktober 2012	München	Arbeitskreis „Regionalstatistik“
6. November 2012	Wiesbaden	Amtsleiterkonferenz
6./7. November 2012	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Energiestatistik“
6.–8. November 2012	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Laufende Bevölkerungsstatistiken“
7. November 2012	Wiesbaden	Lenkungskonferenz „Zensus 2011“
7./8. November 2012	Wittenberg	Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“
9. November 2012	Wiesbaden	Ausschuss „Hochschulstatistik“
13.–15. November 2012	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Gewerbeanzeigen“ und Referentenbesprechung „Unternehmensregister“
14./15. November 2012	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Finanz- und Personalstatistik“

* Bei den Referentenbesprechungen handelt es sich um Arbeitsgremien der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder.

Tagungstermin	Tagungsort	Tagung
14./15. November 2012	Bonn	Referentenbesprechung „Umweltstatistik“
19./20. November 2012	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Handelsstatistik“ und Referentenbesprechung „Tourismus- statistik“
27./28. November 2012	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Steuerstatistik“
4./5. Dezember 2012	Wiesbaden	Arbeitskreis „Informationstechnik“
4./5. Dezember 2012	Bonn	Referentenbesprechung „Land- und Forstwirtschaft, Bodennutzung, Fischerei“

Tagungen im Zeitraum Januar bis Juni 2013*

22. Januar 2013	Wiesbaden	Lenkungskonferenz „Zensus 2011“
30. Januar 2013	Wiesbaden	Fachausschuss „Verkehrs- und Tourismus- statistiken“
Januar 2013	Bonn	Referentenbesprechung „Kinder- und Jugend- hilfestatistik“
13./14. Februar 2013	Wiesbaden	Amtsleiterkonferenz
14. Februar 2013	Wiesbaden	Lenkungskonferenz „Zensus 2011“
20./21. Februar 2013	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Hochschulstatistik“
21./22. Februar 2013	Bonn	Facharbeitskreis „Verfahrensfragen der Bodennutzungs- und Erntestatistik“
12./13. März 2013	Wiesbaden	Arbeitskreis „Informationstechnik“
13./14. März 2013	Bonn	Referentenbesprechung „Dienstleistungs- statistik“
19.–21. März 2013	Wiesbaden	Arbeitskreis „Presse, Publikationen, Marketing“
26. März 2013	Wiesbaden	Lenkungskonferenz „Zensus 2011“
9./10. April 2013	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Preisstatistik“
9.–11. April 2013	Bonn	Referentenbesprechung „Mikrozensus“

* Bei den Referentenbesprechungen handelt es sich um Arbeitsgremien der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder.

Tagungstermin	Tagungsort	Tagung
10./11. April 2013	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Verdienste und Arbeitskosten“
10./11. April 2013	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Rechtspflege-statistik“
16. April 2013	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Verkehrsstatistik“
16./17. April 2013	Bonn	Referentenbesprechung „Umweltstatistik“
17./18. April 2013	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Finanz- und Personalstatistik“
22./23. April 2013	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Energiestatistik“
22./23. April 2013	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Unternehmens-register“
23.–25. April 2013	Hamburg	Ausschuss „Justizstatistik“
23.–25. April 2013	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Laufende Bevölke-rungsstatistiken“
24./25. April 2013	Husum	Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“
April 2013	Potsdam	Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“
6./7. Mai 2013	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Statistik im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe“
7./8. Mai 2013	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Handwerk“
14./15. Mai 2013	Bonn	Referentenbesprechung „Wirtschafts-rechnungen privater Haushalte“
23. Mai 2013	Wiesbaden	Statistischer Beirat
Mai 2013	Halle/Saale	Facharbeitskreis „Verfahrensfragen der Bodennutzungs- und Erntestatistik“
Ende Mai 2013	Bonn	Referentenbesprechung „Nutzung von IKT in Unternehmen“
Mai/Juni 2013	Bonn	Referentenbesprechung „Pflegestatistik“
3.–5. Juni 2013	Bremen	Amtsleiterkonferenz

Tagungstermin	Tagungsort	Tagung
4./5. Juni 2013	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Schulstatistik“ und Referentenbesprechung „Berufsbildungsstatistik“
5. Juni 2013	Bremen	Lenkungskonferenz „Zensus 2011“
11.–13. Juni 2013	Bonn	Referentenbesprechung „Sozialhilfestatistik“ und Referentenbesprechung „Wohngeldstatistik“
Juni 2013	Wiesbaden	Arbeitskreis „Informationstechnik“

Organisationsplan

Stand: 03. Dezember 2012, Aktenzeichen: A101/11101000-PLAN

